Gemeinsame Erklärung der KPD/ML, der KP Griechenlands (ML), der KPI (ML), der Portugiesischen KP(Wiederaufgebaut) und der KPSp(ML) (Beilage)

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 42 vom 21. Oktober 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Volksfeindliche Flugzeugentführung - für Bonn ein Vorwand zum

Terror gegen das Volk

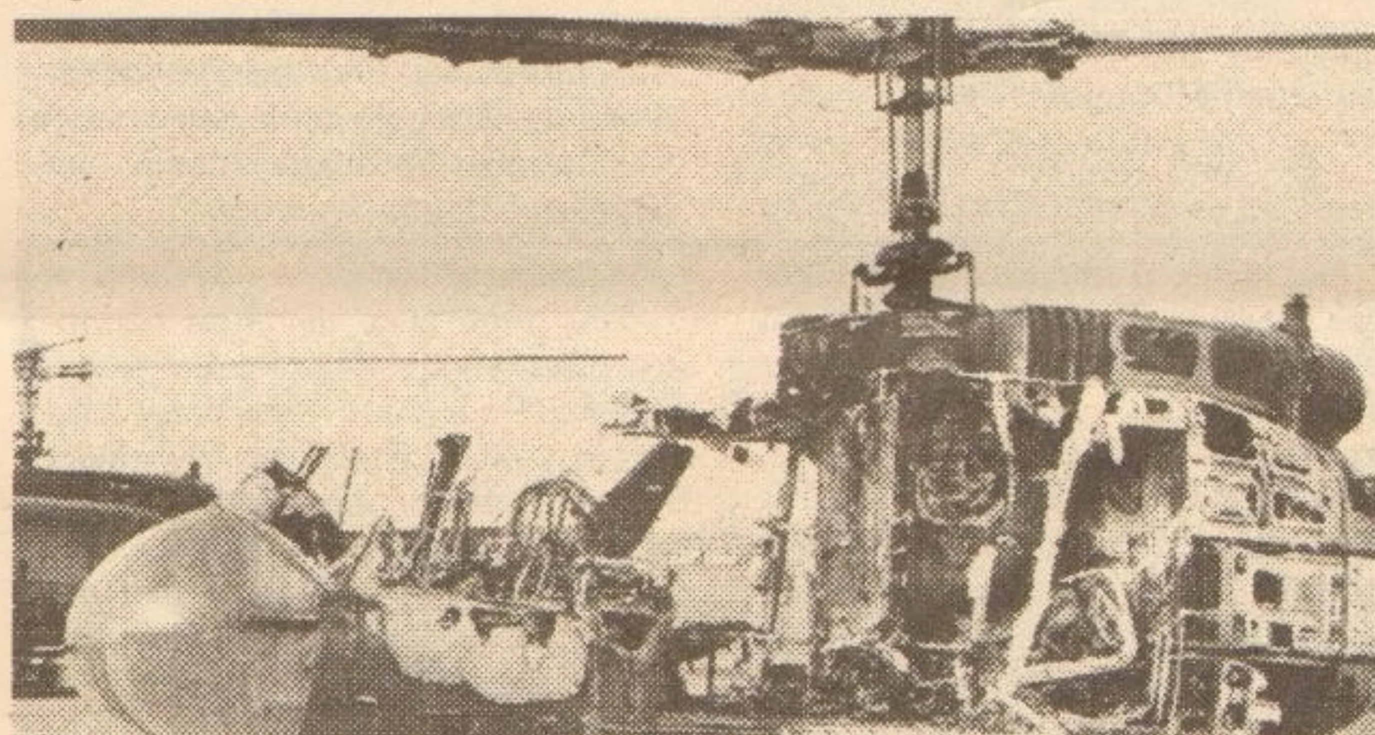
Ohne Rücksicht auf das Leben der Geiseln in der gekaperten Lufthansamaschine, ihren Tod bewußt in Kauf nehmend, hat Bonn das Flugzeug von der Grenzschutz-Einheit GSG 9 stürmen lassen. Jetzt lassen sie sich als Helden feiern, die Bonner Herren und ihr Terrorkommando. Der verbrecherische Akt der Flugzeugentführung durch einige konterrevolutionäre Elemente kam ihnen gerade recht. Sie nutzen ihn aus, um jetzt zu schreien: Der Staat muß Härte zeigen! Härte gegen wen? Sie entfesseln eine beispiellose Hetzkampagne gegen alles, was fortschrittlich, revolutionär und kommunistisch ist. Jeder, der nicht im Gleichschritt marschiert, wird schon jetzt zum „Sympathisanten" gemacht, als „Terrorist" und „Mordhelfer" gebrandmarkt.

Aber was heißt denn hier Terror? Wer ist das denn eigentlich, der da jetzt davon redet, daß die Bundesrepublik „die schwersten und schwärzesten Stunden seit ihrem Bestehen" erlebe, davon, daß das „Leben des Menschen das höchste Gut" sei usw. usf.?

Haben die Schmidt, Kohl, Genscher, Strauß und Co. schon jemals eine Träne über die Hunderttausende von Arbeitern verloren, die in den vergangenen Jahren in den Betrieben der wachsenden Antreiberei zum Opfer gefallen sind? Die die kapitalistische Profitgier in den Tod getrieben hat? Dieselben, die jetzt Tränen vergießen, sind es doch zum Beispiel, die gerade erst ein sogenanntes Kostendämpfungsgesetz verabschiedet haben, was bedeutet, daß man den Werktätigen weniger Arzneien gibt. Das bedeutet doch nichts anderes, als daß hier bewußt der Tod Tausender, die nicht mehr angemessen ärztlich versorgt werden, in Kauf genommen wird. Oder denken wir an die über 500 Arbeiter, Jugendliche, Kinder, die in den vergangenen Jahren von der Polizei erschossen worden sind. Denken wir nur daran, daß der faschistische Massenmörder Kappler hier bei uns praktisch unter dem Schutz der Bundesregierung in Freiheit lebt.

Was sind das doch für Heuchler, die vom „Schutz des Lebens" reden, sich aber gleichzeitig nicht scheuen zu sagen, wie praktisch doch die Neutronenbombe ist, weil sie die Fabriken nicht zerstört, sondern „nur", wie es zynisch heißt, das Leben der Arbeiter und anderen Werktätigen vernichtet. Wir dürfen nie vergessen, wer die Terroristen wirklich sind. Nie vergessen, daß es die Herren des Finanzkapitals, der Banken und Konzerne und ihre Handlanger in Regierung und Parteien sind, die Millionen von Werktätigen ausbeuten und gewaltsam unterdrücken. Die bereit sind, mit beispiellosem Terror gegen die Kämpfe der Arbeiter und übrigen Werktätigen vorzugehen, wenn das für sie höchste Gut, nämlich die Existenz der Kapitalistenklasse, auf dem Spiel steht.

Nichts beweist das besser, als der systematische Abbau der wenigen uns noch verbliebenen Freiheiten und Rechte durch eine Flut reaktionärer Gesetze, als die gigantische Aufrüstung des staatlichen Unterdrükkungsapparates. Und nicht zuletzt liegen in den Schubladen die Notstandsgesetze, die es der herrschenden kapitalistischen Ausbeuterklasse, wie schon einmal, erlauben, die offene faschistische Diktatur zu errichten, wenn sie es für notwendig erachtet. Die „Terroristenhetze", das Lamento über Mord und Terror soll das wahre Gesicht der kapitalistischen Ausbeuterklasse maskieren. Soll einschüchtern und den gerechten revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus verteufeln, soll die Anwendung neuer Unterdrückungsmaßnahmen, nicht gegen einige „Terroristen", sondern gegen die werktätigen Massen rechtfertigen.



Mit einem Blutbad endete die „Befreiungsaktion" der Polizei während der Olympischen Spiele in Fürstenfeldbruck: Die Entführer und Geiseln starben im Kugelhagel der Polizei.

Da paßt den Herren in Bonn die Entführung der Lufthansamaschine mit Urlaubern aus Mallorca an Bord, die Drohung der Luftpiraten, die Besatzungsmitglieder und Passagiere in die Luft zu sprengen, gerade ins Konzept. Wie wenig es dabei den kleinen und großen Krisenstäben tatsächlich um das Leben dieser Menschen geht, wie sie behaupten, wird

Fortsetzung auf Seite 6

Betriebsrätekongreß unter Regie der Kapitalisten

Kernkraftwerke sichern keine Arbeitsplätze!

„Kernkraft-Freunde ziehen ins Feld gegen Bürgerinitiativen" — so war ein Artikel in der „WAZ" vom 4. 9. überschrieben. Worum ging es? Um Maßnahmen der Energie-Kapitalisten und der Regierung gegen Kernkraftwerksgegner? Oder gar um einen Polizeieinsatz in Whyl, Brokdorf oder Kalkar? Nein. Es ging um den in der vergangenen Woche in der Dortmunder Westfalenhalle abgehaltenen „Betriebsrätekongreß '77". Thema des Kongresses: die Kernenergie und die „Verwerflichkeit" des Widerstandes gegen den Bau von Kernkraftwerken. Offizieller Initiator war der Gesamtbetriebsrat der VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG). „Wie denn?" fragt man sich. — Sind die Tausenden Werktätigen, die gegen die Errichtung von lebens- und gesundheitsbedrohenden KKW's kämpfen, ist der Widerstand breiter Teile des Volkes gegen das Bonner Atomprogramm denn ein Angriff auf die Arbeiterschaft? Gewisse „Arbeitervertreter" behaupten das.

Ihre Argumente: Der Kampf gegen Kernkraftwerke ziehe Kurzarbeit und Entlassungen in der Kernwerksindustrie nach sich und darüber hinaus führe er zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit in der gesamten Industrie. Mit dieser Behauptung stoßen die DGB- und Betriebsratsvertreter in's gleiche Horn, wie die Konzernherren und die Bonner Regierung.

So fand der Kongreß denn bei den Kapitalisten und der Regierung auch geradezu überschwenglich Unterstützung. Bundeskanzler Schmidt und Bundespräsident Scheel persönlich schickten Grußtelegramme, ebenso eine ganze Reihe von Bundesministern. Und nicht nur dies. Auch die

Fortsetzung auf Seite 4

Nach den Kämpfen auf dem Alexanderplatz

Ostberliner Lügen

Wie die britische Nachrichtenagentur Reuter meldete , sollen bei den Kämpfen auf dem Ostberliner Alexanderplatz am Abend des 6. Oktober zwei der verhaßten Polizeibüttel des Honecker-Regimes getötet worden sein. Reuter berichtete außerdem, daß ein junges Mädchen dem von Polizei und Staatssicherheitsdienst entfesselten brutalen Terror zum Opfer gefallen ist. 200 Jugendliche wurden von den sozialfaschistischen Schlägern zum Teil schwer verletzt. Die Greiftrupps der Vopo und des Stasi nahmen über 700 Jugendliche fest und hielten sie die ganze Nacht über in einem stillgelegten Autotunnel gefangen. Während dieser Zeit wurde den Verletzten jede ärztliche Behandlung verweigert. Die Jugendlichen wurden erkennungsdienstlich behandelt und mußten sich von den Stasi-Agenten verhöhnen und demütigen lassen. In faschistischer Manier wurden einzelne Jugendliche gezwungen, sich stundenlang, nur auf die Fingerkuppen gestützt, mit dem Gesicht zur Wand hinzustellen. Andere wurden brutal geschlagen.

Fortsetzung auf Seite 3

Genscher in Asien

Verstärkte Expansion der westdeutschen Imperialisten

Schon zum zweiten Mal in diesem Jahr ist der Bonner Außenminister Genscher in Asien unterwegs. Stationen seiner Reise sind Tokio und Peking. Wie schon im Mai, als Genschers Tournee durch die Hauptstädte Südasiens ging, so reisen auch jetzt in seinem Troß führende Vertreter der westdeutschen Kapitalisten-Verbände wie Wolff von Amerongen und Hansen. Und wie damals, so ist auch jetzt der Bonner Außenminister nicht um große Worte verlegen.

So verkündete er in Tokio: „Die Zeiten, in denen die internationale Ordnung durch Vorherrschaft auf der einen Seite, durch Unterwerfung auf der anderen Seite gesucht wurde, muß vorüber sein... Die Großmachtpolitik alten Stils, die Politik der Vorherrschaft und die Errichtung von Einflußzonen und Machtzonen hat keine Zukunft mehr. Sie wird scheitern."

Was das Scheitern angeht, da hat Genscher zweifellos recht. Aber natürlich will dieser gerissene Demagoge nicht den historischen Untergang des Imperialismus verkünden. Worum es ihm geht, ist sich als Vertreter dessen herauszuputzen, was

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Friedensnobelpreise: Auszeichnung für den Kampf gegen die revolutionäre Gewalt 2
Offen gesagt: Ein Minister nimmt reißaus 2
Polizeiterror: Jagd auf Kinder 3
Zwei weitere Manövertote 3
MSB-Revisionisten — Verräter in den Reihen der Studentenbewegung 3
Druckereiarbeiter wehren sich gegen Arbeitsplatzvernichtung 5
Solidaritätsadresse der KP Kolumbiens/ML 6
Solidaritätserklärungen gegen den Verbotsantrag 6
Klaus Kercher: Haftentlassung abgelehnt 6
Nesti Nase, Außenminister der SVR Albanien: Rede vor der UNO 7
Spanien: Ein Pakt gegen die Werktätigen 7

Friedensnobelpreise

Auszeichnung für den Kampf gegen die revolutionäre Gewalt

Befriedigt zeigten sich die Herren in den westlichen Metropolen über die Entscheidung des Osloer Nobel-Komitees, den diesjährigen Friedens-Nobelpreis an die in mehreren Ländern arbeitende Organisation Amnesty international zu geben. Beifall der Herrschenden für eine Gruppe, die sich doch in dem Ruhm sonnt, konsequent gegen die Folter und für die Freilassung der politischen Gefangenen einzutreten? Nun, man wird diesen Beifall verstehen, wenn man sich die Politik von Amnesty einmal genauer ansieht.

Da ist zum einen die Tatsache, daß es, um von Amnesty unterstützt zu werden, nicht genügt, politischer Gefangener zu sein. Nein, man muß von dieser Organisation auch als solcher anerkannt werden. Wenn man nun von der imperialistischen Bourgeoisie Westdeutschlands, Frankreichs oder der USA in den Kerker geworfen wurde, wird man von Amnesty nur ein Schulterzucken bekommen. Denn diese Organisation ist sich mit den Brandt, Giscard, Carter darin einig: Politische Gefangene, die gibt es in einigen Diktaturen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die gibt es in der Sowjetunion oder der DDR, die gibt es in den sozialistischen Ländern wie Albanien, aber nicht in den „demokratischen" Ländern Europas oder in den USA.

So stößt Amnesty mit in das Horn der bürgerlichen Propaganda, nach der die bei uns eingekerkerten Revolutionäre allesamt gemeine Kriminelle sind und trägt somit aktiv dazu bei, die demokratische Fassade der bürgerlichen Unterdrückerherrschaft aufzupolieren. Aber was sollte man auch von einer Organisation erwarten, in der zwar viele humanistisch gesinnte, ehrliche Menschen mitarbeiten, in deren Vorstand aber SPD-Minister und CDU-Bonzen den Ton angeben?

Was nun die politischen Gefangenen im Herrschaftsbereich des Sozialimperialismus oder in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas angeht, so macht Amnesty bei ihrer Unterstützung eine entscheidende Einschränkung: Sie beschränkt sich nämlich nur auf solche Gefangenen, die in ihrem Kampf keine revolutionäre Gewalt angewandt haben, schließt also auch hier die Revolutionäre, wie etwa die Mitglieder der Kommunistischen Parteien, die im bewaffneten Kampf stehen, oder die Angehörigen von Befreiungsbewegungen, die den Volkskrieg führen, weitgehend aus.

Amnesty international leugnet nicht nur die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt. Sie stellt diese gerechte Gewalt der Unterdrückten auch auf eine Stufe mit der reaktionären Gewalt der Unterdrücker und reiht sich so ein in den Chor der imperialistischen Machthaber, die den Völkern das Stillhalten und den Pazifismus predigen. Ein besonders übler Ausdruck dieser Demagogie ist es, wenn dann zur Unterstützung derjenigen Reaktionäre aufgerufen wird, die in den sozialistischen Ländern von der Diktatur des Proletariats niedergehalten werden und wenn das dann noch verbunden wird mit einer gemeinen antikommunistischen Hetze, zum Beispiel mit solchen Behauptungen, daß in Albanien gefoltert würde.

Wie man sieht, ist der Kampf für die Menschenrechte nach Art von Amnesty international gar nicht so weit entfernt von den Vorstellungen eines Jimmy Carter. Und das ist auch der Grund dafür, daß diese Organisation für würdig befunden wurde, einen Preis entgegenzunehmen, den vor ihr immerhin schon zwei Präsidenten der amerikanischen Supermacht bekamen oder Willy Brandt als Chef der imperialistischen Bonner Regierung. Das Nobel-Komitee verlieh auch gleich noch einen zweiten Friedensnobelpreis, nämlich nachträglich für das letzte Jahr an die Damen Corrigan und Williams aus Belfast.

Und worin bestehen deren „Verdienste"? Sie haben versucht, die nordirischen Frauen gegen den bewaffneten Kampf der irischen Patrioten aufzuhetzen, indem sie demagogisch an ihre Sehnsucht nach Frieden appellierten und behaupteten, es sei nicht die britische Kolonialherrschaft, sondern in erster Linie der Widerstand der Patrioten gegen die Besatzung, der einem Frieden in Nordirland entgegenstünde. Die von Corrigan und Williams ins Leben gerufene sogenannte „Friedensbewegung" konnte zwar im letzten Jahr einige Erfolge verbuchen. In diesem Sommer jedoch war sie, wie selbst die „Süddeutsche Zeitung" schrieb, „nur noch ein Schatten ihrer selbst."

Corrigan und Williams wagen es heute nicht mehr, wie noch vor einem Jahr, zu ihren antipatriotischen Demonstrationen aufzurufen. Sie beschränken sich auf offene Handlangerdienste für die britischen Besatzer wie etwa den Aufbau eines „vertraulichen Informationssystems", eines Spitzeldienstes, mit dem sie für die Besatzer Hinweise auf Aktivitäten der Patrioten verschaffen wollen.

Wenn diesen Leuten jetzt in einem großen Spektakel der Friedensnobelpreis zugeschanzt wird, was ist das dann anderes als der Versuch, ihr stark angeschlagenes Ansehen wieder aufzupolieren? Aber das ist ein vergeblicher Versuch. Auch der Titel als Nobelpreisträgerinnen wird nicht verhindern können, daß Corrigan und Williams von den Volksmassen weiter isoliert und bekämpft werden als das was sie sind: Kollaborateure mit der britischen Besatzungsmacht.

Genscher in Asien

Verstärkte Expansion der westdeutschen Imperialisten

Fortsetzung von Seite 1

manche Leute heute die „zweite Welt" nennen. Großmachtpolitik, damit meint Genscher die Politik der beiden Supermächte. Und indem er anklagend auf ihr Streben nach Vorherrschaft verweist, will er den Bonner Imperialismus, den er vertritt, als einen natürlichen Verbündeten der Länder Asiens erscheinen lassen. So, als läge Bonn nichts mehr am Herzen, als den Ländern Asiens dabei zu helfen, sich von imperialistischer Vorherrschaft zu befreien.

Genscher als Antihegemonist? Ausgerechnet! Man muß sich nur einmal das ansehen, war er in Tokio als Bonner Asien-Doktrin verkündete. Da ist an erster Stelle davon die Rede, daß Bonn an der „Erhaltung der Stabilität" in Asien interessiert ist, an der „Sicherung eines machtpolitischen Gleichgewichts". Im Klartext heißt das nichts anderes als: Die Amerikaner müssen eine starke Macht in Asien bleiben, um das notwendige Gleichgewicht gegen die Russen zu bilden. Und hat nicht Bonn jede Aggression der amerikanischen Supermacht, sei es gegen Korea oder gegen Vietnam, Laos oder Kambodscha, bedingungslos unterstützt? Der westdeutsche Imperialismus war und ist ein enger Verbündeter der amerikanischen Supermacht, ein Teil des westlichen imperialistischen Blocks, der von dieser Supermacht beherrscht wird, darüber können alle demagogischen Anschuldigungen gegen den Hegemonismus nicht hinwegtäuschen.

Der zweite Punkt in Genschers Asien-Doktrin ist der „Fortentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen" gewidmet. In diesem Zusammenhang machte der Bonner Außenminister den ASEAN-Staaten Südostasiens das Angebot, von Fall zu Fall an Sitzungen des EG-Ministerrats teilzunehmen. Aber ist das, wie Genscher glauben machen möchte, etwa ein Zeichen für gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen? Nein, in diesen Beziehungen gilt allein das kapitalistische Wolfsgesetz, das Recht des Stärkeren. Den westdeutschen Monopolen geht es darum, ihren Anteil an der Ausplünderung der zahlreichen Rohstoffe dieser Länder zu ergattern, geht es darum, sich die Märkte Asiens zu öffnen. Heute schon ist zum Beispiel für Indonesien die Bundesrepublik der zweitgrößte Importeur. Und in den Filialen der Hoechst, Siemens, Bayer usw. in Singapore oder Indonesien schuften die einheimischen Arbeiter für Niedrigstlöhne für den Profit der westdeutschen Monopolherren.

Das sind die Beziehungen, die Genscher weiterentwickeln möchte. Wenn er jetzt ausgerechnet in Tokio seine Asien-Doktrin verkündet, wenn er die imperialistische Politik Japans als beispielhaft in den Himmel hebt, wenn er ein gemeinsames Vorgehen des japanischen und des westdeutschen Imperialismus in Südostasien fordert, wen sollte es da wundern, wenn in dieser Region Erinnerungen wach werden an die unselige „Achse Berlin-Tokio" zwischen Hitler-Deutschland und dem japanischen Faschismus? Sicher, beide Mächte stehen heute hinter den Supermächten nur im zweiten Glied der imperialistischen Staaten. Ihre räuberische völkerfeindliche Natur jedoch haben sie seit jenen Jahren nicht geändert.

Das zeigt schließlich auch der dritte Punkt der Bonner Asien-Doktrin, wo die „Unterstützung einer erschütterungsfreien inneren Entwicklung" bestätigt wird. Gemeint sind solche „Erschütterungen" wie der Kampf der Völker Asiens für nationale und soziale Befreiung. Und gegen diesen Kampf unterstützen die Bonner Imperialisten gemeinsam mit der amerikanischen Supermacht die faschistischen Cliquen in Indonesien, Thailand oder auf den Philippinen. Denn sie sind es, die ihnen ihre Superprofite garantieren, indem sie die Reichtümer ihrer Länder ausverkaufen, die Lohnsklaven in den Filialen der imperialistischen Monopole mit grausamem Terror niederhalten. Nehmen wir nur Indonesien als Beispiel. Der blutige Putsch, der das jetzige faschistische Regime an die Macht brachte, dieser Putsch, bei dem Hunderttausende Werktätige, vor allem Mitglieder der Kommunistischen Partei bestialisch ermordet wurden, er lief mit direkter Beteiligung des Bonner Geheimdienstes BND über die Bühne. Und heute, wo das Volk von Ost-Timor gegen die faschistischen Besatzertruppen Indonesiens um seine Unabhängigkeit kämpft, heute sind die Bonner Imperialisten wieder dabei.

Zur selben Zeit, wo sich Genscher auf den Banketten in Tokio als Freund der Völker Asiens feiern läßt, liegen indonesische U-Boote aus westdeutschen Waffenschmieden vor der Insel Timor, um die Hungerblockade über das kämpfende Volk zu verhängen, fliegen die Kampfhubschrauber von Messerschmidt-Bölkow-Blohm ihre Terroreinsätze gegen die Dörfer Ost-Timors.

Das ist die „erschütterungsfreie innere Entwicklung" nach dem Geschmack Genschers und der Bonner Imperialisten. Ihre Asien-Doktrin, so sehr sie sie auch mit demagogischen Phrasen zu bemänteln versuchen, ist ein imperialistisches Programm der Ausplünderung und der Völkerversklavung. Deshalb muß sie von den Werktätigen Westdeutschlands entschieden bekämpft werden.

Kurz berichtet

NEUMÜNSTER

In vielen Städten der Bundesrepublik wurden Parolen gegen den Verbotsantrag gemalt. Unser Bild zeigt eine solche Parole in Neumünster.



HAGEN

Eine gute Initiative hat ein Genosse, der an der Technischen Hochschule in Hagen studiert, unternommen. Innerhalb kurzer Zeit gelang es ihm, rund 50 Unterschriften gegen den Verbotsantrag unter seinen Kommilitonen zu sammeln. Er schrieb außerdem mehrere Wandzeitungen und hängte sie in der Universität aus.

WILHELMSHAVEN

Auch in Wilhelmshaven ist vor einiger Zeit der Film „Hitler — eine Karriere", in dem der Hitlerfaschismus verherrlicht wird, angelaufen. Gleich nachdem der Film angelaufen war, konnte man auf der Schaufensterscheibe des Kinos die Parole „Weg mit dem Nazifilm! Rote Garde" lesen. Innerhalb von drei Tagen verteilten die Genossen der Roten Garde 500 Flugblätter gegen den Film, die vor allem von den Schulklassen, die in den Film geschleppt wurden, mit Sympathie aufgenommen wurden.

BERICHTIGUNGEN

Im „Roten Morgen" Nr. 40/77 war auf Seite 8 eine Korrespondenz abgedruckt, in der es u. a. folgendermaßen hieß: „Wie man an diesem Beispiel sehen kann, reagiert der reaktionäre Staatsapparat empfindlich auf konkrete Angriffe (die Opportunisten „kämpfen" ja lieber gegen SU-Imperialismus oder den §218)." Diese Ausführungen über die Opportunisten, die auf die Führer der GRF (KPD) bzw. den KBW gemünzt sind, sind politisch falsch. Denn der Opportunismus dieser beiden Organisationen liegt nicht darin begründet, daß sie gegen den russischen Sozialimperialismus bzw. den §218 kämpfen. Dagegen zu kämpfen ist richtig und notwendig. Falsch und opportunistisch ist vielmehr, **wie** dieser Kampf von den genannten Führern geführt wird. Darauf wird jedoch in der Korrespondenz überhaupt nicht eingegangen.

Ebenfalls im „Roten Morgen" Nr. 40/77 hat sich auf Seite 4 ein Setzfehler eingeschlichen. In dem Artikel über die Leserumfrage der IGM-Zeitung „Metall" wird ein Zitat aus „Metall" falsch wiedergegeben. Das fehlerhafte Zitat im „Roten Morgen" lautet: „Wie andere Gesellschaftsgruppen auch, befinden sich die Arbeiter auf dem Marsch in eine größere Privatheit und Freiheit- oder Unterhaltungsorientierung." In diesem Satz muß das Wort „Freiheit-" durch **„Freizeit-" ersetzt werden.**

Offen gesagt ...

Ein Minister nimmt Reißaus

Der Minister Ehrenberg gab sich die Ehre. Er fiel mit seinem Gefolge im Arbeitsamt Gelsenkirchen ein, der Stadt mit der höchsten Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet. Er wolle sich „vor Ort informieren", ließ der Herr Minister verlauten. Das kennen wir doch, wenn die Bonner Herren geruhen, vor Ort zu gehen.

Da trampelt Landwirtschaftsminister Ertl schon mal über eine Wiese, zeigt sich Kriegsminister Leber mit einfachen Rekruten an der Gulaschkanone oder läßt sich Bundeskanzler Schmidt durch einen Betrieb führen. Wichtig ist für die Herren dabei eines: daß die Fernsehkameras laufen, und die Fotoapparate der Zeitungsreporter klicken. Denn ihre Besuche vor Ort haben den Zweck, ein paar schöne Bilder zu produzieren, auf denen Volksverbundenheit demonstriert wird.

Seht her, so wollen die Bonner Minister damit zeigen, wir haben ein offenes Ohr für eure Probleme, wir scheuen nicht den Weg, um uns über die Sorgen, die euch bedrücken, zu informieren. Aber in Wirklichkeit fürchten diese Herren die Nähe des Volkes wie der Teufel das Weihwasser, und sie tun alles, um bei ihren Auftritten jedem wirklichen Kontakt mit den Werktätigen aus dem Weg zu gehen.

Der Minister Ehrenberg nun hatte Pech bei seiner Visite. Ihm stellte sich ein arbeitsloser Bergmann in den Weg und fragte ihn: „Wir Arbeitslosen werden immer als Faulpelze tituliert. Warum ergreifen Sie nicht im Bundestag mal unsere Partei und stellen das richtig?" Eine einfache Frage, so sollte man meinen. Und dazu für den Herrn Minister eine Gelegenheit, sich aus erster Hand über eines der Probleme der Arbeitslosen zu informieren, nämlich die widerwärtige Hetze gegen sie als arbeitsscheue Elemente.

Aber Ehrenberg herrschte den Kollegen nur an: „Ich bin nicht hier, um über das Parlament zu reden. Das mache ich auf Parteiveranstaltungen." Und fluchtartig verschwand er aus dem Gelsenkirchener Arbeitsamt. Der arbeitslose Kollege wird sich seinen Teil dabei gedacht haben. Was kümmern denn die Herren in Bonn die Sorgen der Werktätigen? Da haben sie eben wie der Minister Ehrenberg nur eine schnoddrige Antwort, höhnischen Spott oder ein Achselzucken übrig.

Was hätte denn der Arbeitsminister Ehrenberg dem arbeitslosen Bergmann auch auf seine Frage antworten sollen? Etwa die Wahrheit? Daß es nicht nur die „Bild"-Zeitung und die Kapitalistenverbände, sondern gerade auch die Behörden des Bonner Staates sind, die die Hetze gegen die Arbeitslosen betreiben?

Und im Ministerium des Herrn Ehrenberg werden schließlich Monat für Monat neue Bestimmungen ausgearbeitet, die es den Arbeitsämtern erleichtern, die Annahme von schlechtbezahlten Stellen von den Arbeitslosen zu erzwingen, die es ihnen erleichtern, noch häufiger das Arbeitslosengeld zu sperren oder die Erwerbslosen in die Betriebe zu einer sogenannten „Probebeschäftigung" zu schicken. Aber, wie gesagt, der Minister Ehrenberg dachte natürlich nicht im Traum daran, vor dem arbeitslosen Bergmann aus Gelsenkirchen dieses Problem zu verteidigen. Er zog es vor, das Weite zu suchen.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Polizeiterror

Jagd auf Kinder

Seit Jahren nehmen die brutalen Maßnahmen, mit denen die Polizei gegen die Werktätigen vorgeht, immer mehr zu. Viele Erwachsene, ja selbst Kinder, wurden verfolgt, mißhandelt und erschossen. Grundsätzlich hatten diese Herrschaften eine Entschuldigung zur Hand, zur Rechenschaft gezogen werden sie selten. In den vorliegenden Fällen kann man dies klar erkennen.

In Essen wurden zwei Jungen im Alter von 12 und 13 Jahren, die es sich in einem Haus auf dem Dachboden wohnlich eingerichtet hatten und dort ihre Freizeit verbrachten, brutal überfallen. Für die Polizei war ein Hinweis, daß sich auf dem Dachboden jemand aufhielt, Anlaß genug, in ihnen „Terroristen" zu vermuten und, mit Maschinenpistolen bewaffnet, den Dachboden zu stürmen. Für die Jungen war es ein Glück, daß sie nicht wie jener 14jährige aus Hanau „versehentlich" erschossen wurden.

Noch klarer kommt dieser Polizeiterror, der auch nicht vor Kindern haltmacht, in dem Vorfall in der Nähe Braunschweigs zum Ausdruck. Ursache sei auch hier ein „harmloses Mißverständnis" gewesen. Eine Frau habe sich in einem Wald von einem jungen Mann bedroht gefühlt. Dieser „junge Mann", ein 13jähriger Junge, hatte im Wald mit einer Machete Unterholz schlagen wollen. Daraufhin setzte eine Hatz sondergleichen ein. Ein Hubschrauber und eine ganze Hundertschaft Bereitschaftspolizei durchkämmten den Wald. Man muß sich das mal vorstellen, eine ganze Hundertschaft jagt einen 13jährigen. Was daraus geworden wäre, wenn sie ihn gefunden hätten, kann man sich leicht vorstellen. In solchen Fällen wird gleich scharf geschossen. Der entsprechende Kripochef rechtfertigte das Ganze auch hinterher, als der Sachverhalt klar war, noch: „Die Bevölkerung sollte wissen, daß die Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tut, um ihrem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden." Welcher Hohn! Es ist also der gesetzliche Auftrag, dem die Polizei gerecht wird, wenn sie Kinder jagt, wenn sie mit gezückter Pistole den Nächstbesten, der ihr verdächtig vorkommt, anhält, bzw. anschießt, weil er, wie im Falle des 30jährigen Türken aus Buxtehude, einen „maschinenpistolenähnlichen Gegenstand" bei sich hat.



Diese Hundertschaft jagte im Ilseder Holz in der Nähe von Braunschweig mit Hubschrauberunterstützung einen 13jährigen Jungen, der im Wald Unterholz schlagen wollte, weil eine Frau sich angeblich bedroht gefühlt hatte.

Es gibt kaum einen Werktätigen, der inzwischen nicht ähnliches erlebt oder gehört hat. Ihr Haß auf diese Polizei wächst so ständig. Nicht umsonst reden sie von „Polizeistaat". Mit jedem weiteren Gewaltakt der Polizei verlieren auch immer mehr Menschen die Illusion, daß diese sich in irgendeiner Weise ändern ließe. Sie sehen vielmehr, daß ihre Terrorakte gedeckt werden von den Gesetzen dieses Staates, von den Gerichten und Staatsanwälten. Immer mehr Werktätige kommen zu der Überzeugung, daß man diesen kapitalistischen Staat bekämpfen, seiner reaktionären Gewalt die revolutionäre Gewalt des Volkes entgegensetzen muß.

Herbstmanöver

Zwei weitere Manövertote

Beim Manöver „Inter Action" in der Umgebung von Bremen starben zwei Menschen. Das erhöht die traurige Bilanz der diesjährigen Herbstmanöver der NATO. Ein 19jähriger Soldat und ein 26jähriger Zivilist mußten bei „Verkehrsunfällen", wie es nachher in der Presse hieß, ihr Leben lassen.

Der erste Unfall kam durch ein plötzliches Bremsmanöver eines holländischen Jeeps zustande, wobei der hinter ihm fahrende Wagen auf ihn prallte und den Jeep mit voller Wucht gegen einen Baum schob. Das Ergebnis: Der Fahrer des Jeeps ist tot, sein Beifahrer schwer verletzt.

Der zweite Unfall, der ebenfalls ein Leben kostete, kam dadurch zustande, daß eine Militärkolonne nachts auf offener Straße hielt, ohne eine Warnblinkanlage einzuschalten, um auf einen Nachzügler zu warten. Auf das letzte Fahrzeug dieser Kolonne, die natürlich für ihn nicht sichtbar war, prallte ein 26jähriger Mann aus der Umgebung mit seinem Auto.

Diese Art von Unfällen sind bei Manövern keine Seltenheit. Die hohen Generäle kümmern sich keinen Deut um das Leben der einfachen Soldaten und der Zivilpersonen bei ihren Kriegsspielen. Sie fühlen sich als Herr über Leben und Tod. Und genauso gehen sie auch vor. Die Sicherheitsbestimmungen werden in keiner Weise beachtet, oft genug haben wir das bei den diesjährigen Herbstmanövern erlebt. Viele kennen es inzwischen, da taucht plötzlich eine ungesicherte Panzerkolonne auf, und dir bleibt nichts anderes übrig, als auf dem schnellsten Weg in den Graben zu fahren, um nicht von den Panzerketten zermalmt zu werden. So ist es auch kein Wunder, daß mitten auf der Straße die einfachsten Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten werden. Die Soldaten müssen bis zur völligen Erschöpfung Dienst leisten, kriegen kaum Schlaf und wenig Essen. In solch einer Situation, wenn die Soldaten völlig übernächtigt und durchgefroren sind, müssen sie sich hinters Steuer setzen. Wen wundert es da, wenn derartig viele Unfälle passieren?



Solche „Unfälle" sind keine Seltenheit bei den Manövern.

In den Berichten der Untersuchungskommissionen heißt es dann hinterher lakonisch „menschliches Versagen". Damit soll den einfachen Soldaten, die diese ganzen Strapazen erdulden müssen, auch noch die Schuld in die Schuhe geschoben werden. Den Gipfel des Zynismus erreicht aber Kriegsminister Leber, der einmal dazu erklärte: „Unfälle gehören nun einmal zum Manöver." Damit wird vollständig klar, wes Geistes Kind diese Herrschaften sind. Ihnen sind bei ihren Kriegsspielen, die ja nur eine Vorbereitung auf den nächsten imperialistischen Krieg sind, Menschenleben völlig egal, sie wollen die Bevölkerung auch schon in Friedenszeiten an den imperialistischen Krieg gewöhnen.

MSB-Revisionisten

Verräter in den Reihen der Studentenbewegung

Vor kurzem hat der 5. Bundeskongreß des revisionistischen MSB-Spartakus, der Studentenorganisation der DKP, stattgefunden. Angesichts des bevorstehenden bundesweiten Streiks der Studenten, der am 28. November beginnt, bemühten sich die revisionistischen Studentenhäuptlinge auch diesmal wieder, sich als die entschiedensten Vorkämpfer für die Belange der Studenten hinzustellen. Die Streikaufrufe, Losungen und Parolen der Revisionisten haben allerdings einen großen Haken.

Das wird sofort klar, wenn man in den Aufrufen vom „Kampf für die Mitbestimmung", ja, sogar für „Selbstbestimmung" liest und hört, daß die MSB-Revisionisten die Studenten zur Zusammenarbeit mit dem arbeiterfeindlichen DGB-Apparat aufrufen. Die Mitbestimmungsparolen sind an den Universitäten genauso betrügerisch wie in den Betrieben. Auch hier geht es den modernen Revisionisten darum, die Studenten vom unversöhnlichen, revolutionären Kampf für ihre Interessen abzuhalten und ihnen die Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Staat zu predigen.

Die Studenten müssen ihren Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte, gegen die wachsende politische Unterdrückung, gegen Hochschulrahmengesetze, Ordnungsrecht und Relegationen, gegen die Auflösung der verfaßten Studentenschaft, gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage, aber in erster Linie gegen den kapitalistischen Staat richten. Denn die Interessen der großen Mehrheit der Studenten und die des kapitalistischen Staates stehen sich unversöhnlich gegenüber.

Die Mitbestimmungsparolen der modernen Revisionisten an den Universitäten haben also keinen anderen Sinn, als den Klassencharakter des bürgerlichen Staates zu vertuschen. Es ist klar, daß auf dieser Basis ein erfolgreicher Kampf der Studenten von vornherein unmöglich ist.

Noch hinterhältiger ist es, wenn die modernen Revisionisten die Losung des Kampfes für „Selbstbestimmung" ausgeben. Die Losung von der „Selbstbestimmung" ist eine typisch kleinbürgerlich-reformistische Losung, die den Eindruck erweckt, als ob sich die Studenten einen Freiraum in der kapitalistischen Gesellschaft erkämpfen könnten, sozusagen eine Insel der Freiheit innerhalb der kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückerordnung. Auch das ist eine gefährliche Illusion. Die wirkliche Freiheit aller Werktätigen kann nur durch den gewaltsamen Sturz der Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter in der proletarischen Revolution erkämpft werden.

Gerade das aber wollen die MSB-Revisionisten verhindern. Deshalb versuchen sie die Köpfe der Studenten mit ihren Mit- und Selbstbestimmungsbetrugsparolen zu vernebeln. Gerade deshalb versuchen sie mit allen Mitteln, jeden revolutionären Funken in den Kämpfen der Studenten auszutreten.

Weil sie wissen, daß die fortschrittlichen Teile der Studenten nach dem Bündnis mit der Arbeiterklasse, der revolutionärsten Klasse der kapitalistischen Gesellschaft, streben, versuchen sie, im Interesse der Bourgeoisie, dieses Bündnis zu hintertreiben. Eine der Methoden der modernen Revisionisten ist es dabei, den fortschrittlichen Studenten das Bündnis mit dem reaktionären DGB-Apparat als Bündnis mit der Arbeiterklasse zu verkaufen.

All das zeigt, daß die modernen Revisionisten an den Universitäten in allem was sie tun als Handlanger der Bourgeoisie arbeiten, daß sie Lakaien der Ausbeuterklasse sind, die sich in die Reihen der Studentenbewegung eingeschlichen haben. Die modernen Revisionisten müssen deshalb von allen revolutionären Studenten entschieden bekämpft werden. Ohne diesen Kampf ist es unmöglich, den Kampf gegen den bürgerlichen Staat, für die berechtigten Interessen der Studenten erfolgreich zu führen.

Demonstration gegen das KKW in Brokdorf



Ungefähr 60 Bauern führten am 10. 10. in Brokdorf eine Treckerdemonstration durch. Auch viele andere Bewohner dieser Gegend nahmen mit PKWs daran teil. Auf den Schildern und Transparenten, die sie mit sich führten, machten sie klar, daß sie auch weiterhin einen entschiedenen Kampf gegen den Bau des Atomkraftwerks führen werden.

Nach den Kämpfen auf dem Alexanderplatz

Ostberliner Lügen

Fortsetzung von Seite 1

Das Honecker-Regime hat hier sein wahres Gesicht gezeigt. Die Straßenkämpfe auf dem Alexanderplatz und der brutale Einsatz der Polizei haben die sozialistische Tünche, mit der die ostdeutschen Revisionisten ihre faschistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung zu tarnen versuchen, noch fadenscheiniger werden lassen.

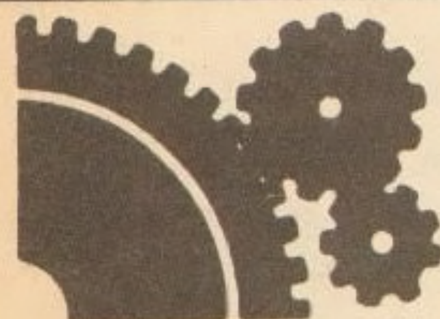
Daran ändert auch die Lügenpropaganda der gleichgeschalteten revisionistischen Presse nichts, mit der die Honecker und Co. versuchen, das Ausmaß des Polizeiterrors, den Umfang der Kämpfe und vor allem den politischen Charakter dieser Kämpfe zu vertuschen. Da ist die Rede von „Rowdys, die zu tief ins Glas geschaut" hätten, von „einigen Schreihälsen", von „Handgreiflichkeiten". Da wird mit keinem Wort erwähnt, daß die Jugendlichen mit der Parole „Russen raus!" den Abzug der verhaßten sowjetischen sozialimperialistischen Besatzertruppen vom Boden der DDR forderten. Da werden die Todesfälle dementiert und die Zahl der Verletzten heruntergespielt.

Die Revisionisten mögen sich noch so sehr bemühen. Sie können eines nicht hinweglügen: Die Straßenkämpfe auf dem Ostberliner Alexanderplatz waren Ausdruck der tiefen Klassenwidersprüche in der kapitalistischen Ausbeuterordnung der DDR. Sie zeigen, daß der Kampf der Arbeiterklasse, der übrigen Werktätigen und der Jugend gegen die herrschende kapitalistische Ausbeuterklasse weder durch faschistische Unterdrückung noch durch die revisionistische Demagogie auf die Dauer niedergehalten werden kann. Die Kämpfe auf dem Alexanderplatz waren nur der Vorbote neuer, noch größerer Klassenschlachten der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen in der DDR gegen das Honekker-Regime und seine Moskauer Oberherren.

Die kapitalistische Wirtschaft in der DDR steckt schon heute in der Krise. So wird z. B. aus Ostberlin berichtet, daß es schon seit sieben Wochen in den Läden kein Weißbrot mehr gibt. Und wie die Kapitalisten im Westen kennt auch die neue Bourgeoisie im Osten nur ein Rezept, um aus der Krise herauszukommen: die verschärfte Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung der Werktätigen. Und hinter den Honecker und Co. stehen die sowjetischen Sozialimperialisten, die nicht nur die Werktätigen der DDR für sich schuften lassen, sondern auch offen als Unterdrücker der Volksmassen auftreten. So berichtete ein Kollege, daß er gesehen hat, wie russische Soldaten Arbeiter und Bauern bei einem Kartoffelernteeinsatz bewacht haben.

All das wird unweigerlich auf den verstärkten Widerstand der ostdeutschen Werktätigen stoßen. Sie werden sich in den kommenden Klassenschlachten stählen und um ihre revolutionäre Vorhutpartei, die Sektion der KPD/ML, zusammenschließen, um die verhaßten russischen Besatzer in der proletarischen Revolution zu vertreiben und die neue Bourgeoisie zu stürzen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Revisionistischer Betriebsrat: „Eins in die Fresse..."

Weil die Firma Still in Hamburg einen Millionenauftrag für Gabelstapler unbedingt in kürzester Zeit durchziehen wollte, sollten die Kollegen Überstunden machen. Aber die Still-Arbeiter haben da so ihre Erfahrungen mit Überstunden gemacht. In den Jahren 1973 und 1974 haben sie täglich Überstunden gekloppt, die Lager füllten sich mit Gabelstaplern und Ersatzteilen. 1974 war für Still dann ein Rekordjahr bei Umsatz und Profit. Doch dann folgte wegen der tiefen Krise ein ganzes Jahr Kurzarbeit und Entlassungen. So sind heute gegenüber dem Jahr 1974 500 Kollegen weniger bei Still beschäftigt. Die ständige Rationalisierung trug auch ihren Teil dazu bei. Die Produktion stieg so aber auch im vergangenen Jahr trotzdem um 17%.

Wegen dieser Erfahrungen glauben viele Kollegen nicht mehr an die Propaganda der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer, daß die Überstunden Arbeitsplätze sichern würden. Deshalb lehnen die Kollegen Überstunden grundsätzlich ab, so daß der Betriebsrat gezwungen ist, dies ebenfalls zum Schein zu tun. Doch das hindert ihn natürlich nicht daran, jedem Überstundenantrag der Geschäftsleitung zuzustimmen, sofern sie nur irgendeine fadenscheinige Begründung dafür hat.

Das Besondere an diesem konkreten Fall ist aber nun, daß der revisionistische Betriebsratsvorsitzende Rath zu den betroffenen Kollegen in der Montagehalle ging und sie vorher extra fragte, ob sie mit den Überstunden einverstanden seien. Die Gruppe lehnte geschlossen ab. Er wußte also Bescheid.

Eine Woche später wurde dann der Überstundenantrag offiziell gestellt und — wie gehabt — der Betriebsrat stimmte sofort zu! So war es dann auch kein Wunder, daß die Kollegen gespalten wurden und sich doch einige Arbeiter aus anderen Gruppen zu Überstunden bereitfanden. Die Kollegen der Montagegruppe aber blieben bei ihrer Ablehnung und waren empört über das hinterhältige Vorgehen des Betriebsrats. Sie erkannten, daß dieser nur in Worten gegen Überstunden ist, in der Tat aber den Kollegen in den Rücken fällt.

Etwa 14 Tage später: Betriebsversammlung. Ein Genosse erklärte noch einmal die Notwendigkeit, die Überstunden zu bekämpfen, und entlarvte dann den revisionistischen Betriebsrat vor allen Kollegen als Arbeiterverräter. Es gab Beifall, da dies vielen Kollegen aus dem Herzen gesprochen war.

Der Betriebsrat schäumte. Als erster sprang ein Freigestellter auf: Das sei ihm seit 20 Jahren nicht passiert. Frech log er, es sei niemand vorher gefragt worden, um den Genossen selbst als Lügner hinzustellen. Dann kam der revisionistische Oberbonze Rath und zog gegen den Genossen vom Leder: Ihm ginge es nur darum, den Betriebsrat und die Gewerkschaft schlecht zu machen. Dabei sei der Betriebsrat der Vorkämpfer gegen die Überstunden. Der Genosse stünde mit seinen Angriffen auf der Seite der Geschäftsleitung. Nachdem dieser üble Revisionist dann den Genossen indirekt vor der Geschäftsleitung als Mitglied der KPD/ML denunzierte, kam er zum Höhepunkt seiner Hetzkampagne. Er startete nun einen Angriff auf alle fortschrittlichen und revolutionären Kollegen, die mit uns der Meinung sind, daß die Betriebsratsbonzen Verräter an den Interessen und dem Kampf der Arbeiter sind: „Leute, die so reden, wollen nur die Spaltung der gewerkschaftlichen Einheit. Die müssen von jedem Vertrauensmann, von jedem Gewerkschafter gleich eins in die Fresse kriegen!" brüllte Rath in den Saal.

So enthüllte dieser Revisionist offen vor allen Arbeitern sein sozialfaschistisches Wesen. Die Kollegen waren von den Socken, so etwas hatten sie noch nie gehört. Nach der Betriebsversammlung sprachen denn auch gleich viele mit dem Genossen: „Der hat ja reagiert wie angestochen — da hast du ja voll ins Schwarze getroffen", war ihre Reaktion, oder: „Der wurde bestimmt so wild, weil er gemerkt hat, daß viele so denken wie du", und: „Der hat wohl Angst um seinen Posten" (im nächsten Jahr ist bei uns Betriebsratswahl). In vielen Gesprächen konnten wir so die Gelegenheit nutzen und den Unterdrückungscharakter des Gewerkschaftsapparats ein Stückchen mehr ans Tageslicht ziehen und die üble Rolle des Revisionisten Rath darin entlarven. Außerdem konnten wir in diesen Diskussionen feststellen, daß der Haß auf Betriebsrat und Gewerkschaftsapparat schon sehr groß ist, was für unsere weitere revolutionäre Arbeit im Betrieb eine gute Unterstützung sein wird.

Rot Front! Genossen von Still.

DKP-Betriebsrat verteidigt die Ruhrkohlekapitalisten

Seit einiger Zeit verteilt die Partei regelmäßig Flugblätter vor der Schachtanlage Ewald in Herten. Das ist den RAG-Kapitalisten, den IGBE-Funktionären und der DKP natürlich ein Dorn im Auge. Einer, der sich bei der Hetze gegen die Partei besonders hervortut, ist der Arbeiterfeind Peter Heinrich, der seine Meinung in dem Revisionistenblatt „Unsere Meinung" lauthals kundtut.

Vor kurzem erschien nun ein Flugblatt der Partei unter dem Titel „Profit geht über Leichen", in dem die Rationalisierung und die zunehmende Arbeitshetze angeprangert werden und die Verantwortlichen und die Ursachen für die tödlichen Unfälle genannt werden. Weiter zeigt das Flugblatt auf, daß der Profit um 5% gestiegen ist, während gleichzeitig die Zahl der Unfälle steigt. Vor allem wird auch entlarvt, daß die IGBE-Funktionäre zu all dem geschwiegen haben bzw. im Gegenteil beteuert haben, daß die Zahl der Unfälle zurückginge. Kurz danach erschien das Revisionistenblatt, welches eine wütende Hetze gegen uns vom Stapel ließ. Weiter hieß es dann: „So bedauerlich tödliche Unfälle sind, manchmal sind sie so verlaufen, daß man da nur den Kopf schütteln kann. Der Betriebsrat hat alles getan, um sie aufzuklären, aber einen Schuldigen suchen, wo keiner ist, kann nicht gutgeheißen werden. Im Fall des Essener Schießmannes, der ein Herzversagen hatte, ist auch alles bestens geregelt worden."

Das sind sehr offene Worte, man muß es zweimal lesen. Da stirbt fast jeden Monat ein Kumpel auf der Schachtanlage Ewald durch die mörderischen Arbeitsbedingungen, und da kommen die DKP-Betriebsräte daher und behaupten: „Alles normale Unfälle, es gibt keine Schuldigen." Wer auf Seiten der RAG-Kapitalisten steht wie die DKP, wird bei diesen auch nie den Schuldigen suchen. Genauso zynisch und eine ungeheure Frechheit ist es zu behaupten, es sei „alles bestens geregelt" — Herzversagen, so sagen die Kapitalisten, ist kein Arbeitsunfall, also haben die Angehörigen keinen Anspruch auf Unfallrente. Da ist doch nur für die RAG-Kapitalisten alles bestens geregelt.

Insgesamt sind in den letzten drei Monaten 246 Unfälle passiert, davon war einer tödlich und elf schwere sowie 18 mittelschwere Unfälle. Dies macht den Zynismus der Worte der DKP um so klarer, und macht erneut klar, auf wessen Seite sie eigentlich steht.

Rot Front! Ein Genosse aus Herten.

Betriebsrätekongreß unter Regie der Kapitalisten

Kernkraftwerke sichern keine Arbeitsplätze!

Fortsetzung von Seite 1

Mehrzahl der Referate wurde von den Konzernherren selbst gehalten. Das Eröffnungsreferat hielt der Vorstandsvorsitzende der VEW, Klaus Knizia. Ein weiteres Referat hielt Klaus Barthelt, der Vorstandsvorsitzende der KWU (Kraftwerk Union AG), die zum Siemenskonzern gehört. Natürlich durfte auch ein Wissenschaftler nicht fehlen. Deshalb sprach auch ein Kölner Professor und Energiewissenschaftler. Nicht verschwiegen werden soll, daß immerhin auch ein „Arbeitnehmervertreter" sich aufs Rednerpult begab: der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der VEW Nord, Heider. Wirklich eine illustre Gesellschaft.

Einmütig beschworen die Herren die Notwendigkeit der Kernenergie und malten sie das Gespenst wachsender Arbeitslosigkeit an die Wand, im Falle, daß die Realisierung des Bonner Energieprogramms weiter gebremst oder gar durch den Volkswiderstand zum Scheitern gebracht wird. Wie rührend, kann man da nur sagen, daß sich die Kapitalisten solche Sorgen um das Schicksal der Arbeiter machen! Oder sollte an ihrer Solidarität mit dem Arbeiter vielleicht etwas faul sein?

Klar — die Bedrohung Tausender von Arbeitsplätzen ist eine ernste Angelegenheit. Gegen Arbeitsplatzvernichtung und wachsende Arbeitslosigkeit sind entschiedener Widerstand und Kampf notwendig. Nur, seit wann sind denn in diesem Kampf gerade die Monopolkapitalisten und ihre Bonner Regierung die Bundesgenossen des Arbeiters? Da fragt man sich doch: Woher kommen denn dann die Millionen Arbeitslosen? Ist es denn nicht so, daß gerade die Kapitalisten, die Monopole es sind, die skrupellos die Lasten der Wirtschaftskrise auf den Rücken des Arbeiters abwälzen? Die in ihrer Gier nach höchstmöglichem Profit immer mehr Arbeitsplätze vernichten, um mit verringerten Belegschaften durch Rationalisierung und gesteigerte Arbeitshetze einen größeren Umsatz zu erzielen? Und die Bonner Regierung? — Subventioniert sie denn nicht diesen Rationalisierungsterror mit Milliardenbeträgen aus unseren Steuergeldern?

Lassen wir uns doch nichts vormachen! Von der Erhaltung von Arbeitsplätzen reden sie — aber was sie meinen, ist einzig und allein ihr Profit! Wie durch und durch verlogen es ist, wenn die Bourgeoisie vorgibt, sich der Sorgen und Nöte des werktätigen Volkes anzunehmen, zeigt besonders klar das Referat, das der KWU-Chef Barthelt auf dem Kongreß hielt. Dieser saubere „Arbeiterfreund" scheute sich nicht zu verkünden, Kernkraftwerke seien „die umweltfreundlichste und sicherste Art der Stromerzeugung". Demnach sind also die Befürchtungen und Sorgen von Millionen Werktätigen über die Gefahren und Auswirkungen der KKWs nichts als dummer Aberglaube? Das haben Barthelt und seine Komplizen schon des öfteren offen gesagt.

In Wahrheit jedoch weiß er sehr wohl, daß die Gefährlichkeit und Schädlichkeit der KKWs tausendfach bewiesen und wissenschaftlich untermauert wurde. Er weiß sehr wohl, daß beim gegenwärtigen Stand der Technik nicht verhindert werden kann, daß die KKWs Radioaktivität nach außen abgeben und daß die Folgen davon überhaupt noch nicht abgeschätzt werden können. Er weiß auch, daß das Problem der Entsorgung noch überhaupt nicht gelöst ist, daß der anfallende Atommüll zu einer schrecklichen Hypothek für uns und unsere Nachkommen werden kann. Er weiß auch, daß selbst bei strengster Wahrung der Sicherheitsvorkehrungen (und daß man diese von den Kapitalisten keineswegs erwarten darf, zeigt die ungeheure Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten), schwere und unkontrollierbare Unfälle bei KKWs unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht auszuschließen sind, Unfälle, die Tausende von Menschen das Leben kosten können. Aber all das interessiert die Konzernherren einen feuchten Dreck, wenn ihnen Milliardenprofite winken. Und für die Energiekonzerne war das Bonner Atomprogramm schon bis jetzt ein fettes Geschäft. Aus dem Bau der noch nicht fertiggestellten und geplanten Dutzende von Atomkraftwerken aber könnten sie Milliardenprofite scheffeln.

Um ihre Demagogie von der Bedrohung der Arbeitsplätze durch den Kampf gegen das Bonner Atomprogramm besser an den Mann bringen zu können, greifen die Kapitalisten und Gewerkschaftsführer zu einem besonders schmutzigen Trick: Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, als sei die Anti-KKW-Bewegung nicht nur gegen Kernkraftwerke, sondern auch gegen Kohlekraftwerke gerichtet. Besonders die Bonzen der IG Bergbau und Energie betreiben diese Spiegelfechterei, um dadurch die Bergarbeiter gegen die AKW-Gegner aufzuhetzen. Dabei benutzen sie es als willkommenen Vorwand, daß es auch in bestimmten Fällen Widerstand gegen den Bau von Kohlekraftwerken gegeben hat, der nicht von den Werktätigen getragen war und der auch nicht berechtigt war. Klar, wenn wohlhabende Bürger, eventuell gar selbst Kapitalisten, Front dagegen machen, daß ein Kohlekraftwerk in der Nähe ihres gepflegten Wohnviertels gebaut werden soll, wenn sie erreichen wollen, daß das Kraftwerk stattdessen in ein ohnedies schon von Industrieemissionen verseuchtes Arbeiterviertel gesetzt wird, dann ist das alles andere als gerecht.

Aber etwas ganz anderes ist es, wenn die Werktätigen fordern, daß nicht ausgerechnet dort noch mehr Kraftwerke gebaut werden, wo ihre Wohngebiete schon ohnedies unerträglich durch Emissionen verschmutzt und vergiftet werden. Und natürlich ist die Forderung nach entsprechend wirksamen Emissionsschutzanlagen für Kohlekraftwerke, die den Ausstoß von Schwefeldioxyd und anderen Schadstoffen auf ein Minimum beschränken, vollkommen berechtigt, auch wenn solche Anlagen teuer sind und die fetten Profite der Elektrizitätswirtschaft ein wenig schmälern.

Es ist ein übler Versuch der IG-Bergbau-Bonzen, die Werktätigen gegeneinander auszuspielen und die Kapitalisten aus der Schußlinie zu ziehen, wenn sie so tun, als sei der Kampf für besseren Umweltschutz gegen den Bau von Kohlekraftwerken gerichtet. Das zeigt aber auch, daß diese reaktionären „Arbeitnehmervertreter" nichts anderes sind, als elende Lakaien der Monopolkapitalisten. Nicht umsonst hetzen gerade sie, die Adolf Schmidt und Konsorten, besonders hemmungslos gegen die Anti-KKW-Bewegung. Sie selbst leisten doch durch ihr Eintreten für die Atomenergie der verschärften Bedrohung der Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau bewußt Vorschub. Sie selbst haben doch bei Stillegungen und Massenentlassungen, bei der Vernichtung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen im Ruhrbergbau aktiv Schützenhilfe geleistet, haben in den Aufsichtsräten ihre Zustimmung dazu gegeben, haben den Kumpels einzureden versucht, dies sei „wirtschaftlich notwendig" und haben alles getan, um Kämpfe zur Verteidigung der Arbeitsplätze zu verhindern und abzuwürgen. Erst kürzlich haben sie offen erklärt, daß die Stillegung von fünf Kokereien im Ruhrgebiet bis Ende nächsten Jahres ihre Unterstützung hat. Und da stellen sie sich gleichzeitig vor den Kumpels hin und lügen unverschämt: „Die Kämpfe für besseren Umweltschutz bedrohen deinen Arbeitsplatz."

Um von ihrem eigenen bodenlosen Verrat an den Interessen der Bergarbeiter abzulenken, versuchen sie sogar, eine regelrechte Anti-Umweltschutz-Hysterie zu entfachen. So tönen sie in ihrem Hetzblatt „Einheit" anläßlich der Ankündigung des Bundesinnenministeriums, daß schärfere Emissionsschutzbestimmungen für Kohlekraftwerke erlassen werden sollen: „Ein Industriestaat liquidiert sich selbst", und sie lügen, dies würde praktisch einen „Baustopp für Kohlekraftwerke" bedeuten. Während sie durch ihr Eintreten für die Kernenergie praktisch für eine weitere Einschränkung der Kohleförderung Stellung nehmen, versuchen sie nach dem Motto „Haltet den Dieb!" den Werktätigen, die sich gegen Umweltverschmutzung wehren, und uns Kommunisten zu unterstellen, wir seien gegen Kohlekraftwerke.

Sie geben scheinheilig vor, die Nutzung der nationalen Kohlevorkommen zu verteidigen. In Wahrheit tun sie jedoch das genaue Gegenteil. Dagegen sind wir Kommunisten wirklich für die Nutzung unserer einheimischen Kohlevorkommen. Wer diese Nutzung nicht will, das sind doch die Kapitalisten. Als das arabische Öl in den sechziger Jahren ihnen größere Profite als die Ruhrkohle ermöglichte, legten sie mit finanzieller Unterstützung Bonns Dutzende von Zechen still und warfen die Kumpels zu Hunderttausenden auf die Straße. Jetzt wollen sie mit der Kernenergie den großen Reibach machen. Und die Bonzen der IG-Bergbau und Energie leisten ihnen dabei wie immer Schützenhilfe.

Was die drohende Gefahr von Massenentlassungen in der Kraftwerksindustrie betrifft, so ist dazu festzustellen: Durch ein Kernkraftwerk anstelle eines herkömmlichen Kohlekraftwerks wird kein einziger Arbeitsplatz geschaffen oder gesichert. Die Maschinen, Turbinen usw. werden genauso auch für Kohlekraftwerke gebraucht. Im übrigen müssen wir aber klar sehen: Die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Arbeitslosigkeit hängt letzten Endes nicht davon ab, ob diese oder jene Energiequellen genutzt, ob diese oder jene Art von Kraftwerken gebaut werden. Es ist die hemmungslose Ausbeutung der Millionenmassen des werktätigen Volkes durch eine Handvoll von Monopolen, es ist das kapitalistische System selbst, aus dem Arbeitslosigkeit und Verelendung erwachsen. Gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen heißt, jede Entlassung konsequent zu bekämpfen und sich gegen jeden Abbau von Arbeitsplätzen entschlossen zu wehren. Letzten Endes kann jedoch mit dem kapitalistischen Grundübel der Arbeitslosigkeit nur durch die sozialistische Revolution Schluß gemacht werden.

Rationalisierung in der Druckindustrie

Druckereiarbeiter wehren sich gegen Arbeitsplatzvernichtung

Aufgrund der zunehmenden Rationalisierung in der Druckindustrie und der damit verbundenen massiven Angriffe auf die Lage der Werktätigen dieses Bereichs, wächst die Unruhe und der Kampfeswillen der Arbeiter. Sie sind nicht bereit hinzunehmen, daß ganze Berufssparten wie z. B. die Setzer nach und nach abgebaut werden, daß die Löhne gedrückt werden und weitere Massenentlassungen anstehen. Darum drehten sich auch die kürzlich abgebrochenen Tarifverhandlungen um die Einführung neuer Techniken.

Bei einem kurzen zahlenmäßigen Überblick erkennt man die ganzen Ausmaße dieser Rationalisierungswelle. Bis 1968 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Druckindustrie ständig. Von diesem Zeitpunkt an ist sie um 15,4% zurückgegangen. Dagegen hat sich der Umsatz der Kapitalisten pro Beschäftigten um 84,4% gesteigert. An weniger Werktätigen verdient die Bourgeoisie also mehr. Die Ursachen hierfür liegen an zwei Dingen. Zum einen drückt sich die zunehmende Rationalisierung in der verschärften Arbeitshetze aus, d. h., ein Arbeiter muß z. B. mehr Maschinen als vorher bedienen.

Zum anderen aber hat in der Druckindustrie eine grundlegende Umwälzung der Technik stattgefunden. Es wurden vor allem im Satzbereich neue Geräte, Maschinen und Produktionsweisen, wie Fotosatz, Bildschirmterminals, Lesegeräte und vieles mehr geschaffen. Ebenso wurden verschiedene Verfahren der Drucktechnik erneuert und vervollkommnet.

Diese neuen Verfahren haben zur Folge, daß vor allem im Satz statt der hochqualifizierten Setzer Hilfskräfte eingesetzt werden können, die lediglich über gute Rechtschreib- und Schreibmaschinenkenntnisse verfügen müssen. Aber auch deren Zahl kann massiv eingeschränkt werden. Hier ein Beispiel für die enormen Kapazitäten dieser neuen Anlagen, die die bisherigen bei weitem übertreffen: Das Buch „Der Pate" kann mit einer mittleren Fotosatzanlage ca. 23-24mal pro Stunde gesetzt werden, dies geschieht mittels elektronischer Datenübertragung. Dadurch sind natürlich bisher schon ziemlich große Überkapazitäten erzeugt worden, die nicht nur zur Folge hatten, daß viele Arbeiter in den vorhandenen Betrieben auf die Straße gesetzt wurden, sondern auch, daß viele kleinere Betriebe wie Lohnsetzereien Pleite machten, wodurch das Arbeitslosenheer unter den Arbeitern der Druckindustrie noch mehr vergrößert wurde. Das ist aber nicht die einzige Methode der Kapitalisten, mehr Profit herauszuholen. So gibt es auch Systeme, und die sollen mehrheitlich vor allem bei Zeitungen angewandt werden, wo die Redakteure ihre Texte über Bildschirmgeräte selbst setzen.

Kurz gesagt hat diese ganze Rationalisierung zur Folge: 1. Die Arbeitshetze wird vergrößert. 2. Fachkräfte werden durch Hilfskräfte ersetzt bzw. sie erhalten weniger Lohn, da die Arbeit ja keine so große Qualifikation erfordere. 3. Und das ist das wichtigste, weitere Massenentlassungen stehen an. Wie die Zahlen beweisen, ist diese Entwicklung nicht erst seit heute im Gang. So sind seit 1970 bis Ende 1976 von 224.170 Arbeitsplätzen 34.000 vernichtet worden. Schätzungsweise 2/3 des Setzerstammes werden bei derartig fortlaufender Rationalisierung ihre Arbeit verlieren.

Klingt es angesichts dieser Zahlen nicht wie ein Hohn, wenn die IG-Drupa-Führung in der letzten Ausgabe ihrer Zeitung lauthals schreit: „Ja zur Rationalisierung, aber zum Nutzen der Arbeiter und Angestellten." Das hat es im Kapitalismus noch nie gegeben, daß Rationalisierungen zum Nutzen der Werktätigen waren. Im Gegenteil, wie die Geschichte beweist, gab es bei jeder größeren Rationalisierungswelle Massenarbeitslosigkeit und Elend für die Werktätigen.

Wir lehnen den technischen Fortschritt durchaus nicht ab. Im Gegenteil. Die Weiterentwicklung der Technik wird den Werktätigen noch ungeahnte Vorteile bringen. Im Kapitalismus aber bringt die damit einhergehende Rationalisierung uns nur Nachteile. Für die Bourgeoisie ist sie ja nur ein Mittel, um ihren Reichtum auf Kosten der Arbeiter zu vermehren. Erst dann, wenn das Proletariat die Macht und somit auch die Produktionsmittel in seinen Händen hält, kann dieser Fortschritt tatsächlich zum Wohle und Nutzen der Werktätigen verwandt werden. Dann nämlich bringt jede Neuerung eine tatsächliche Arbeitserleichterung mit sich, so kann z. B. die Arbeitszeit verkürzt werden, so steigt dadurch



1976: Die Druckereiarbeiter in München verhindern die Auslieferung der Zeitung.

der Lebensstandard aller Werktätigen, weil die erzielten Gewinne nicht in die Taschen irgendwelcher raubgieriger Kapitalisten fließen, sondern sinnvoll für die Werktätigen verwandt werden. Dann wird es auch keine Arbeitslosen mehr geben, die durch die Neuerungen ihren Arbeitsplatz verlieren, im Gegenteil, sie werden woanders sinnvoll eingesetzt.

Wenn die Gewerkschaft also Ja zur Rationalisierung sagt, wenn sie von „Sozialpartnerschaft" und Mitbestimmung (wo die Arbeiter dann selbst bestimmen dürfen, wer entlassen wird) redet, so dient dies einzig und allein dazu, die Kollegen mehr an den Kapitalismus zu ketten. Dadurch sollen ja gerade Illusionen erweckt werden, als seien all diese Übel des Kapitalismus, wie Entlassungen, Arbeitslosigkeit, Lohnraub usw., im Kapitalismus ohne dessen Sturz zu lösen.

Das heißt nun aber nicht, daß wir uns gegen technischen Fortschritt im Kapitalismus insgesamt wenden oder ihn gar aufhalten wollen. Was aber aufgehalten und mit aller Entschiedenheit bekämpft werden muß, ist die damit einhergehende ständige Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen, die Arbeitshetze, der Lohnraub und die Massenarbeitslosigkeit. In jedem einzelnen Punkt müssen diese Angriffe zurückgeschlagen werden. So muß ein entschiedener Kampf gegen die Lohneinbußen geführt werden, die Folge dieser Rationalisierung sind. Das Bestreben der Bourgeoisie läuft ja gerade darauf hinaus, die qualifizierten Arbeiter durch Hilfskräfte zu ersetzen bzw. sie als Hilfskräfte zu bezahlen, da die Arbeit an den neuen Maschinen keine so hohe Qualifikation erfordere. Der Hauptpunkt allerdings ist der Kampf gegen jegliche Entlassungen in der Druckindustrie, dieser Kampf muß hart und kompromißlos geführt werden.

Die klassenkämpferischen Kollegen der Druckindustrie haben dies auch schon längst erkannt, so wächst die Unruhe in den Betrieben ständig. So haben die Kollegen in verschiedenen Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen ihre Forderungen klar auf den Tisch gelegt. Sie fordern: keine Entlassungen durch Einführung neuer Technologien! Besetzung der neuen Maschinen mit Kräften der Druckindustrie! Keine finanziellen Einbußen bei Umbesetzungen! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle!

Weil die Empörung der Kollegen sich aber nicht nur gegen die Machenschaften der Kapitalisten richtet, sondern sie auch mehr und mehr sehen, daß die Gewerkschaftsführung ihre Interessen verkauft, sahen dieselben sich gezwungen, um nicht gänzlich das Gesicht zu verlieren, einige dieser Forderungen aufzugreifen. Wie z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit bei der anstrengenden Arbeit an den Bildschirmgeräten u. ä. m. Zu tief sitzt diesen Herrschaften anscheinend noch der Schreck, den sie während des Druckerstreiks 1976 erhielten, im Nacken. Damals waren sie nahe daran, das Heft aus der Hand zu verlieren, weil die Kollegen sich voller Empörung gegen ihre Verratspolitik auflehnten. So versuchen sie aber auch gerade jetzt den Widerstand und Kampfeswillen der Kollegen in „geordnete" Bahnen zu lenken, um sie nachher am Verhandlungstisch um so leichter der Bourgeoisie ausliefern zu können. Denn nichts fürchten sie mehr, als daß die Kollegen durch ihren harten und kompromißlosen Kampf in den Betrieben tatsächlich Erfolge erzielen.

Wenn sie also auch anscheinend die Forderungen der Kollegen aufgreifen, so tun sie das nur auf den massiven Druck hin, und bekämpfen in Wirklichkeit diese richtigen Forderungen in allen Punkten nach Kräften. So reden sie z. B. von der notwendigen Sicherung der Arbeitsplätze, um der Forderung der Kollegen: „Keine Entlassungen durch die neue Technologie", scheinbar zu genügen, bei ihrem Tarifvertragsentwurf sehen sie aber eine Art Sozialplan durch Abfindungsregelungen vor. So ist auch die scheinbar harte Verhandlungsführung der IG-Drupa nichts anders als ein weiterer Versuch, die Empörung der Kollegen zu besänftigen und sie hinters Licht zu führen. Zu gut erinnern sich die Kollegen aber noch an den Verrat der Gewerkschaftsführer im Streik 1976. Waren sie es doch, die trotz des ungebrochenen Kampfeswillens der Drucker, durch ihre Unterschrift den Kollegen in den Rücken fielen und einen Lohnraubabschluß vereinbarten. Es war die gleiche Masche, mit der sie auch jetzt den konsequenten Kampf der Kollegen aufhalten wollen.

Dies alles zeigt: Der Kampf gegen diese ungeheuren Angriffe auf die Lage der Werktätigen der Druckindustrie kann nur im Vertrauen auf die eigene Kraft geführt werden. Nur in einer Front, die sich gegen die Kapitalisten und gegen den Gewerkschaftsapparat richtet, kann dieser Kampf siegreich geführt werden.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Mannesmann-Kammerich in Brackwede: Spontane Streiks in zwei Abteilungen

In den Mannesmann-Kammerich-Werken in Bielefeld-Brackwede kam es kürzlich zu zwei kleinen Streiks, mit denen die Kollegen spontan für bestimmte Forderungen den Kampf aufnahmen. Bei dem zweiten Streik, der sich in der vorletzten Woche ereignete, reagierten die Mannesmann-Bosse mit einer brutalen Unterdrückungsmaßnahme: Sie warfen einen der streikenden Kollegen aus dem Betrieb. Vorher hatten sie den Streikenden einen Kompromiß angeboten. Diese aber hielten an ihrer berechtigten Forderung fest. Nun ist der Streik vorerst abgebrochen. Es laufen Verhandlungen zwischen den Kapitalisten und der verräterischen Betriebsratsclique um den Betriebsratsvorsitzenden Zurmühlen. Damit ist der Kampf der Kollegen gegen die Entlassung und für die Durchsetzung ihrer Forderungen aber noch nicht beendet. Die folgenden Artikel aus „Die Rote Ziehbank" zeigen, wie die Betriebszelle unserer Partei agitiert, um die Solidarität in den anderen Abteilungen zu stärken mit den Kollegen, die in den Kampf getreten sind.

Donnerstag morgen werden in der Verkettungsanlage die Maschinen abgestellt. Streik.

Zigmal haben sich die Kollegen bei der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat über die miserable Entlüftung ihrer Halle beschwert. Über zwei Jahre lang hatten sie immer wieder die Beschwerde vorgebracht. Nach bewährter Methode versuchten die Mannesmann-Kapitalisten die Kollegen zu vertrösten und hinzuhalten. Dabei bewährte sich wie immer die Zusammenarbeit mit der Betriebsratsclique um Zurmühlen, die diese Hinhaltetaktik bestens beherrscht. Aber die Kollegen machten ihnen einen Strich durch die Rechnung. Der selbständige Streik ohne Betriebsratsclique und Gewerkschaft war die richtige Antwort.

Es hat auch niemanden gewundert, daß „Betriebsrat" Otto Liß nicht aus seinem Büro sich herausbequemte. „Wenn Schweinemarkt ist, haben die ihre Bude dicht, aber wenn es um Forderungen der Arbeiter geht, sieht man sie nur von hinten", heißt es von vielen Kollegen.

Also marschierten einige Kollegen selbst mit anderen Betriebsräten zum Büro von Röper, um eine Zusage über die Entlüftung zu erhalten. Röper, sichtlich erschreckt über diese Ereignisse, sicherte ihnen dann die Erledigung der Entlüftung bis zum 15. Oktober zu sowie die Bezahlung der Streikstunde.

Sehr wenige Kollegen wissen bis heute überhaupt von diesem Streik. Die Mannesmann-Kapitalisten wollen natürlich alles andere als Unruhe im Betrieb, deshalb auch die schnelle Einwilligung zur Bezahlung der halben Streikstunde.

Bis zum 15. Oktober soll also jetzt eine Ablüftung angebracht werden. Nur darf man jetzt nicht sagen „Wir haben es geschafft." Der 15. Oktober wird das erst zeigen. Wir haben keinen Anlaß, den Versprechungen der Mannesmann-Kapitalisten zu vertrauen.

Wenn die Ablüftung am 15. Oktober nicht steht, sollten sie merken, daß sich die Kollegen nicht ewig hintergehen lassen! Der Weg, den die Kollegen an diesem Donnerstag eingeschlagen haben, ist der einzige Weg, um gegenüber den Mannesmann-Kapitalisten ihre Forderungen durchzusetzen.

Die schlechte „Luft" ist nicht nur ein Problem der Verkettungsanlage. Im ganzen Betrieb beschweren sich die Kollegen darüber. In Halle 36, 37 oder der Schweißerei, überall das gleiche.

Die Kollegen an der Verkettungsanlage haben gezeigt, wie der Kampf gegen die schlechten Arbeitsbedingungen geführt werden muß: selbständig und ohne die gekaufte Betriebsratsclique um Zurmühlen.

Sofortiger Einbau von funktionierenden Entlüftungsanlagen an der Verkettungsanlage und in anderen Abteilungen!

Streik in der Schleiferei

Gestern morgen um 8 Uhr: Die sechs Kollegen der Schleiferei legen die Arbeit nieder. Ihre Forderung: 12 DM Stundenlohn und Staubgeld.

Jeder, der schon einmal in der Schleiferei war, weiß, wie schwer die Arbeitsbedingungen dort sind.

Die Kollegen streiken bis ca. 12 Uhr und bestehen konsequent auf ihrer Forderung. Doch da erscheinen Röper und Hesse und versuchen, die Kollegen einzuschüchtern.

Erst gelingt es ihnen nicht, jedoch dann fängt ein Kollege, um seinen Arbeitsplatz bangend, wieder zu arbeiten an. Daraufhin entlassen die Mannesmann-Kapitalisten vier Kollegen, die standhaft geblieben sind.

Drei Entlassungen werden später wieder zurückgenommen, weil man wohl Angst um den Fortgang der Produktion hat. Ein Kollege wurde jedoch gefeuert!

Eine besonders schändliche Rolle spielte die Betriebsratsclique um Zurmühlen. Sie wußten schon lange, bei welchem Lohn die Kollegen arbeiten mußten. Aber alles, was sie „taten", war, auf Verhandlungen zu warten. Was sie aber völlig als Arbeiterfeinde entlarvt: Sie haben der Entlassung zugestimmt!

„Wir können nichts machen, das geht uns nichts an", so lautet ihr zynischer Kommentar. In der Hand halten sie das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, das jede Unterstützung unseres Kampfes verbieten soll. Dafür kassiert Zurmühlen ja auch seine Tantiemen aus seinem Aufsichtsratsposten!

Es war richtig, daß die Kollegen den „Kompromiß" von 23 Pfennig abgelehnt haben. Denn so wäre ihr Streik verraten worden.

Mit dieser Entlassung wollen die Mannesmann-Kapitalisten ein Exempel statuieren. In der letzten Woche streikten die Kollegen an der Verkettungsanlage. Und nun die Kollegen der Schleiferei. Die Mannesmann-Kapitalisten wissen ganz genau, daß an allen Ecken und Enden des Betriebs Forderungen der Kollegen im Raum stehen und die Unruhe wächst. Sie wollen mit dieser Einschüchterungstaktik verhindern, daß der Funke des Streiks in andere Abteilungen überspringt. Deshalb, Kollegen, geht diese Entlassung uns alle an!

Sofortige Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen!

Bezahlung der Streikstunden!

12 DM und Staubgeld!

Volksfeindliche Flugzeugentführung - für Bonn ein Vorwand zum

Terror gegen das Volk

Fortsetzung von Seite 1

doch schon allein daran deutlich, daß sie bereit sind, sie zu opfern und die geforderten Gefangenen nicht freizugeben. Mehr noch, daß sie sogar bereit sind, die Maschine durch ein Killerkommando des Bundesgrenzschutzes oder der Bundeswehr stürmen zu lassen und dabei kaltblütig ein Blutbad in Rechnung stellen.

Die Entführer des Lufthansajets haben sich selbst als Revolutionäre, als Kämpfer gegen den Imperialismus bezeichnet. Das ist eine Lüge. Diese Leute sind

keine Revolutionäre.

Niemals kann es gerechtfertigt sein, mit Gewalt gegen Werktätige, denn um solche handelt es sich bei den Passagieren der entführten Lufthansamaschine, vorzugehen. Niemals kann es im Namen der Revolution und des Kampfes gegen den Imperialismus gerechtfertigt werden, zu drohen diese Menschen zu töten und das auch zu tun. Das ist Mord. Wer Gewalt gegen Werktätige ausübt und dies auch noch mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus zu rechtfertigen versucht, ist ein Provokateur, ein Konterrevolutionär. Die revolutionäre Gewalt ist gegen die Ausbeuterklassen, die Imperialisten und ihre Handlanger, gegen den kapitalistischen Staat gerichtet. Die Entführung des Lufthansajets kann auch nicht mit der Taktik des individuellen Terrors gleichgesetzt werden, von der manche glauben, sie könnte zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft führen. Die Erschießung von Buback und Ponto, die Entführung von Schleyer waren solche Akte des individuellen Terrors, die sich gegen Angehörige der Ausbeuterklasse, nicht aber gegen Werktätige gerichtet haben.

Natürlich, die Taktik des individuellen Terrors als Methode, um den kapitalistischen Staat ins Wanken zu bringen oder ihn sogar zu stürzen, ist falsch und führt die Arbeiterklasse in die Irre. Sie hat mit dem Marxismus-Leninismus, mit der richtigen Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung nichts zu tun. Das ist bekannt. Und es ist deshalb auch nichts als eine ganz üble Hetze, wenn Springers Lügenblatt „Bild" auf die Frage, was denn passieren würde, wenn die Bundesregierung die geforderten Gefangenen freigibt, drohend mutmaßt:

„Steht der Bürgerkrieg vor der Tür?"

Das Ziel der „Bild"-Zeitungslügen und anderer, die die Oktoberrevolution in Rußland, den Kampf der Partisanen gegen den Hitlerfaschismus und die chinesische Revolution in eine Reihe mit der Taktik des individuellen Terrors als Methode zum Sturz des Kapitalismus, ja, sogar in eine Reihe mit der konterrevolutionären Flugzeugentführung stellen, ist durchsichtig. Sie versuchen mit allen Mitteln die revolutionäre Gewalt vor den Massen zu verteufeln und die Marxisten-Leninisten zu isolieren.

Natürlich ist es absurd, davon zu sprechen, unsere Partei würde jetzt zum Beginn des bewaffneten Kampfes aufrufen. Die Revolution kann niemals das Werk einiger Weniger und auch nicht das Werk von zehntausend Revolutionären, die von der Notwendigkeit der Revolution überzeugt sind, sein.

Die Revolution ist das Werk der Massen,

die sich aus eigener Erfahrung und in der Praxis von der Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes der herrschenden Ausbeuterordnung überzeugen müssen. Der Sieg der Revolution setzt eine revolutionäre Situation voraus, in der die Massen nicht mehr bereit sind, wie bisher zu leben und die Herrschenden nicht mehr in der Lage, ihre Ausbeuterordnung mit den alten Methoden aufrechtzuerhalten. Eine solche Situation gibt es heute bei uns nicht. Für den Beginn des bewaffneten Kampfes fehlen die Voraussetzungen.

Die revolutionäre Gewalt der Massen ist absolut notwendig und gerechtfertigt. Sie ist es auch heute schon wie im Fall der Kämpfe in Brokdorf und zahlreicher anderer Kämpfe, an denen sich unsere Partei nicht nur beteiligt, sondern in die sie auch führend eingegriffen hat. Die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt zu leugnen und sie zu bekämpfen, wie es die modernen Revisionisten der DKP tun, ist Verrat am Marxismus-Leninismus. Und ebenso schändlich ist es, die Anwendung revolutionärer Gewalt auch von Anhängern der Taktik des individuellen Terrors mit dem Terror der Bourgeoisie gegen das Volk gleichzusetzen, sie verantwortlich zu machen für den wachsenden Terror der Bourgeoisie gegen das Volk. Wer das, wie heute einige Opportunisten, tut, betreibt das Geschäft der Ausbeuterklasse.

Die Taktik des individuellen Terrors als Methode zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, ist der Arbeiterklasse fremd. Das Entscheidende an der Ideologie, die dahintersteckt, ist die Verachtung der Massen, von denen angenommen wird, daß sie abgestumpft und nicht fähig zum revolutionären Kampf sind. Da bedürfe es angeblich des Kampfes einiger „Helden", die die „trägen Massen" wach- und aufrütteln. „Helden", nach denen sich die Massen gefälligst zu richten hätten. In Wirklichkeit sind diese „Helden" lächerlich. Die wahren Helden sind die Massen, ist die Arbeiterklasse als revolutionärste Klasse der kapitalistischen Gesellschaft. Was die Anhänger der Taktik des individuellen Terrors scheuen und nicht können, ist, die Arbeiterklasse systematisch vorzubereiten und zu erziehen, sie zu mobilisieren und zu organisieren zu dem einzigen Zweck, sich der Notwendigkeit der proletarischen, gewaltsamen Revolution bewußt zu werden.

„Die Revolution", betonte Genosse Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens, „ist nicht die Arbeit eines einzigen Tages, sondern ist eine allseitige und komplexe Arbeit. Für sie muß man in allen Richtungen und mit allen Formen arbeiten und kämpfen, indem man diese richtig kombiniert, entsprechend den Situationen umändert, jedoch immer, indem man sie der Erreichung des Endzieles unterordnet."

Die Taktik des individuellen Terrors, des Putschismus, des Guevarismus können niemals zum Sturz des Kapitalismus führen. Der Kampf, den ihre Anhänger führen, ist früher oder später

zum Scheitern verurteilt.

Die Attentate auf Buback, Ponto und die Entführung Schleyers, haben sie etwa die Massen „wachgerüttelt"? Natürlich nicht. Es ist auch nicht einmal gelungen, die in den westdeutschen Gefängnissen sitzenden Gefangenen freizubekommen, weil die Menschlichkeit, auf die man bei den Imperialisten gehofft hatte, natürlich eine Fehlspekulation war. Weil die Freilassung der Gefangenen und die mögliche Opferung Schleyers, von den Passagieren der Lufthansamaschine ganz zu schweigen, für die Imperialisten in ersten Linie eine Frage des politischen Kalküls ist. Die Verachtung der Massen, die hinter der Taktik des individuellen Terrors als Methode zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie steckt, kann, wenn sich ihre Anhänger nicht davon freimachen, auch direkt ins Lager der Konterrevolution führen. Die Massenverachtung kann umschlagen in direkten Haß auf die Massen, kann zu Aktionen führen, bei denen die Massen angegriffen werden, wie wir es jetzt im Fall des entführten Lufthansajets erlebt haben.

Vorwärts mit der KPD/ML!

Der Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft ist ein langwieriger und schwieriger Kampf. Er kann nur auf der Basis des Marxismus-Leninismus und unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML, erfolgreich geführt werden.

Wir erleben heute, wie sich die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen in unserem Land durch das System der kapitalistischen Ausbeutung immer mehr verschlechtern. Wir erleben, wie die herrschende Klasse den Terror gegen die Kommunisten, Revolutionäre und die Werktätigen verschärft, um den Untergang ihrer Ausbeuterordnung zu verhindern. Wir wissen aber auch, daß sich die Unterdrückten und Ausgebeuteten zu wehren beginnen und sich immer mehr zum Kampf erheben werden. Mit der Arbeiterklasse an der Spitze und unter Führung ihrer Partei sind sie die Kraft, die dem kapitalistischen Ausbeutersystem in der proletarischen Revolution den Todesstoß versetzen werden.

Richterentscheid gegen Genossen Klaus Kercher

Haftentlassung abgelehnt

Genosse Klaus Kercher, politischer Gefangener in der Vollzugsanstalt Heilbronn, verurteilt wegen seiner Beteiligung an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972, hat einen Antrag zur Aussetzung des letzten Drittels seiner Haftstrafe gestellt. Eine solche Aussetzung ist nichts Besonderes, sie wird bei sogenannten Ersttätern in 90% der Fälle gewährt. Bei Klaus Kercher aber hieß es: abgelehnt!

In der Begründung zu diesem Beschluß schrieb ein Richter Funck vom Landgericht Heilbronn: „Seinem Antrag kann, obwohl er nicht vorbestraft ist und seine Führung im Vollzug nicht beanstandet wurde, nicht stattgegeben werden, weil aufgrund der politischen Überzeugung des Verurteilten und der Folgerungen, die er daraus für seine Person zieht, eine straffreie Führung innerhalb einer Bewährungszeit nicht zu erwarten ist." Im Klartext: Klaus bleibt eingekerkert einzig und allein wegen seiner politischen Überzeugung, weil er Kommunist ist. Und ein Kommunist gibt eben nicht die Gewähr für eine „straffreie Führung".

Was ist das denn anderes als eine Begründung und Rechtfertigung für die Sicherheitsverwahrung, wie sie heute schon in Bonn diskutiert wird? Hier geht es noch um die Ablehnung der Strafaussetzung. Morgen werden die Funcks mit genau der gleichen Begründung ihre Unterschrift unter Beschlüsse auf langjährige oder gar lebenslängliche Sicherheitsverwahrung setzen.

Von der zynischen Menschenverachtung dieses Apparats zeugt auch eine andere Stelle aus dem Ablehnungsbescheid des Herrn Funck. Darin heißt es: „Das Gericht verkennt nicht, daß es der Verurteilte zum Teil auch darauf anlegt, ein Pseudo-Martyrium auf sich zu nehmen und damit seine politische Überzeugung herauszustreichen; dies durchaus in dem Bewußtsein, daß die Nachteile dieses Opfergangs weniger ihn selbst treffen als vielmehr seine nächsten Angehörigen" (womit Klaus' Frau und ihr sechs Monate altes Kind gemeint sind).

Kann man sich eine niederträchtigere Verhöhnung vorstellen? Sie kerkern den Genossen ein und halten ihm dann vor, er hätte es ja gerade auf das Martyrium angelegt. Sie verweigern ihm die Strafaussetzung, die Klaus gerade mit dem Hinweis auf seine familiäre Situation gefordert hatte, und machen ihn dafür verantwortlich, daß er von seiner Familie getrennt ist. Diese Zyniker in der Richterrobe vom Schlage eines Herrn Funck sind dem deutschen Volk nur allzu gut bekannt, und man weiß wahrhaftig, daß sie zu allem fähig sind. Aber nach wie vor gilt, daß diese Herren das Volk nur so lange richten, bis sie vom Volk selbst gerichtet werden.

Solidaritätsadresse der KP Kolumbiens/ML

An das ZK der KPD/ML

Liebe Genossen,

wir übermitteln Euch unsere warmen proletarischen Grüße mit dem Wunsch, daß Ihr weiterhin Siege für die Arbeiterklasse und die anderen deutschen Werktätigen erringt.

Durch diesen Brief möchten wir Eurer Partei unseren Dank aussprechen für die solidarische Unterstützung, die Ihr unseren Organisationen geleistet habt. Wir betrachten diese Unterstützung als politisch höchst wertvoll, denn sie ist der Ausdruck des militanten Internationalismus, der unsere Parteien kennzeichnen muß. Wir fühlen die Wärme Eurer proletarischen Freundschaft, die ein gewaltiger Ansporn für unseren frontalen Kampf gegen die innere und äußere Reaktion ist.

Wir haben erfahren, daß Eure Organisation der scharfen Unterdrückung durch das reaktionäre Regime im Westen wie auch im Osten ausgesetzt ist. Wir wissen, daß die deutschen Kommunisten mit dem großen Marxisten-Leninisten Genossen Ernst Aust sich den Angriffen aller Feinde mutig entgegenstellen und in der Erfüllung dieser revolutionären Aufgabe voranschreiten werden. Keine Macht der Reaktion kann Euch zum Zurückweichen bringen.

Wir möchten Euch unserer kämpferischen Solidarität versichern. Wir werden unseren Kampf gegen unsere gemeinsamen Feinde, den nordamerikanischen Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und die Reaktion unvermindert fortführen. Wir werden weiter unermüdlich gegen den Revisionismus und Opportunismus kämpfen, um die marxistisch-leninistische Ideologie durchzusetzen und das Fortschreiten der Revolution zu sichern. Der Marxismus-Leninismus, der uns leitet, und die Praxis des proletarischen Internationalismus sind die Garantie dafür, daß unsere Parteien auf dem Weg zu ihrem gesteckten Ziel vorankommen und daß sich unsere Freundschaft von Tag zu Tag stärkt.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die feste Einheit zwischen der KPD/ML und der KPK/ML!

Vereint kämpfend werden wir siegen!

Im Oktober 1977
Für das Zentrale Exekutivkomitee
der KPK/ML, Lopes.

Weil sie krank war

Türkin ausgewiesen

Am Freitag, den 14. 10. 1977 wurde die Türkin Lüttiye Kirdar aus der Bundesrepublik ausgewiesen. Begründung: Sie hatte Tuberkulose und beeinträchtigt somit die Belange der Bundesrepublik. Die ganze Menschenverachtung dieses kapitalistischen Staates kommt in diesem Fall zum Ausdruck.

Der Ehemann der Türkin arbeitet seit 1973 in der Bundesrepublik. Ein Jahr nach seiner Heirat ließ er seine Frau 1976 nachkommen. Hier stellte der Hausarzt dann bei einer Routineuntersuchung fest, daß sie Tuberkulose hat. Nach der Behandlung wurde sie am 2. März dieses Jahres als geheilt entlassen.

Die Ausländerbehörde, bei der zu gleicher Zeit der Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung lief, lehnte die Genehmigung aber wegen der Krankheit ab. Das entsprechende Ordnungsamt der Stadt Witten begründete dies dadurch, daß die „Belange der Bundesrepublik Deutschland durch den Aufenthalt von Lüttiye Kirdar beeinträchtigt werden". Durch eine ausgeheilte Tuberkulose werden also die Belange der Bundesrepublik beeinträchtigt. Das ist schon ein starkes Stück. Das Ordnungsamt der Stadt Witten steht aber mit dieser Meinung nicht allein da, es ist auf höchster Ebene so festgelegt worden. So gibt es einen ministeriellen Erlaß, worauf es sich stützt. Dieser Erlaß besagt: „Grundsätzlich abzulehnen sind Ausländer mit Tuberkulose aller Formen, auch wenn sie augenscheinlich ausgeheilt sind."

Man muß sich das einmal genau vorstellen: Eine Frau wird von ihrer Familie getrennt, weil sie Ausländerin ist und zusätzlich noch krank war. Deutlicher können diese Herrschaften ihre Geisteshaltung nicht machen.

Da werden Ausländer ins Land gelockt, indem ihnen die glänzendsten Zukunftsaussichten versprochen werden, wie Arbeit und guter Verdienst. In Wirklichkeit aber werden sie sobald sie hier sind, wie das letzte Stück Dreck behandelt. Sobald sie hier sind, fallen die Kapitalisten jeglicher Art über sie her. Zunächst die Hausbesitzer, die ihnen die schlimmsten Löcher zu horrenden Preisen vermieten, dann die Betriebe, wo sie meist die schmutzigste Arbeit zu Niedrigstlöhnen verrichten müssen u. a. m. All dem sind sie fast hilflos ausgeliefert, da sie fast völlig rechtlos sind. Wehren sie sich gegen diese Bedingungen oder sind sie für die Kapitalisten nicht mehr nützlich, findet sich nach bürgerlichem Recht schnell eine Handhabe um sie abzuschieben. Dieser konkrete Fall zeigt einmal mehr, daß dieser kapitalistische Staat ausschließlich dazu da ist, die Interessen der Bourgeoisie zu wahren, wobei sie keinerlei Rücksichten auf die Lebenslage und Lebensbedingungen der Werktätigen, insbesondere der ausländischen Werktätigen nehmen.

Polizeiüberfall auf der Buchmesse

Am 14. 10. gegen 19.30 Uhr wurde der Stand des Verlages „Rote Fahne" von rund 30 Polizisten überfallen, die den Auftrag hatten, eine Parole gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu beschlagnahmen. Mannschaftswagen mit weiteren Polizisten standen in der Nähe bereit, um die Aktion abzusichern.

Die Polizeiaktion erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch des Bonner Botschafters der sowjetischen Sozialimperialisten.

Wir protestieren gegen diesen Willkürakt der westdeutschen Behörden.

Nesti Nase, Aussenminister der SVR Albanien

Rede vor der Uno

Am 6. Oktober hat der Außenminister der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, Genosse Nesti Nase, vor der Vollversammlung der UNO das Wort ergriffen. In seiner Rede analysierte er die Lage in der Welt vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus aus und legte die Ansicht der SVR Albanien zu einigen wichtigen internationalen Fragen dar. Wir drucken im folgenden Auszüge aus der Rede ab.

Genosse Nesti Nase ging in seiner Rede zunächst auf den Kampf der Völker gegen den Imperialismus, den Sozialimperialismus und die Reaktion ein. Er erklärte: „Wir sind Zeugen eines für das gesamte internationale Leben und für die internationalen Beziehungen bedeutenden Vorgangs: daß das nationale und gesellschaftliche Bewußtsein der Völker seinem Inhalt und seiner Intensität nach ein immer höheres Niveau erreicht. Der Kampf der Völker zu ihrer Befreiung, zur Behauptung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, und ihre Bestrebungen, zu Herren über ihre seit Jahrhunderten von den imperialistischen Mächten geraubten Reichtümer zu werden, die Überbleibsel des Kolonialismus auszurotten, den multinationalen Monopolen die Klauen zu stutzen, die nationalen Traditionen und die nationale Kultur weiter zu verteidigen und zu entwickeln, spielen eine wichtige Rolle im heutigen welthistorischen Prozeß."

„...Die Interessen der Völker erfordern, daß man mutig und entschlossen für die Festigung der Unabhängigkeit und Souveränität gegen die politische, ideologische, wirtschaftliche und militärische Aggression, gegen die Intrigen und die Einmischung des Imperialismus kämpft. Um der Tätigkeit der großen und mächtigen Feinde, die viele Mittel in der Hand haben, die Stirn zu bieten, sind die feste Einheit und wirkliche Solidarität der freiheitsliebenden, fortschrittlichen und demokratischen Völker und Staaten erforderlich. Diese Einheit und Solidarität verwirklichen die Völker in entschlossenem Kampf und durch konkrete Aktionen gegen alle ihre Feinde. Die Versuche, die wesentlichen Unterschiede zwischen den politischen Kräften auf der Welt im Namen der Einheit und Solidarität der Völker zu verwischen und die Reduzierung der Frage der Einheit auf die Einheit heterogener Staatengruppen — die man in algebraischen und arithmetischen Begriffen benennt — mit den verschiedensten politischen Regimen und Ansprüchen, angefangen von jenen, die eine antiimperialistische Haltung einnehmen, bis hin zu jenen, die einigen Völkern und Ländern vom Imperialismus aufgezwungen sind, rufen Verwirrung hervor und lassen den imperialistischen Mächten und einigen reaktionären Regimen freie Hand dabei, mit den Bestrebungen der Völker und der fortschrittlichen Staaten zu spekulieren. Sie schwächen die wirkliche antiimperialistische Einheit der Völker.

Die Erfolge, die verschiedene Länder, die für ihre unabhängige politische und wirtschaftliche Entwicklung kämpfen, erzielt haben, sind nicht das Ergebnis davon, daß sie sich zu verschiedenen Gruppierungen zusammengeschlossen haben, sondern Ergebnis ihres Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus. Man kann den Imperialismus und Sozialimperialismus nicht erfolgreich bekämpfen und auch nicht die Freiheit und vollständige Unabhängigkeit erringen, wenn nicht auch jene bekämpft werden, die in ihren Diensten stehen.

DAS ALBANISCHE VOLK STAND UND STEHT HINTER DER GERECHTEN SACHE DER VÖLKER

Rede des Leiters der Delegation der SVRA auf der 32. Sitzung der UNO-Vollversammlung

24 Seiten, Preis ca. 0,50 DM.
Demnächst erhältlich über: **GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 50 05 68, 2000 Hamburg 50.**

Ferner wäre es gefährlich für die Völker und Länder, die soeben das Kolonialjoch abgeschüttelt haben, wenn sie bei ihren Bemühungen, ihre Unabhängigkeit zu festigen, Vereinigung mit den alten Kolonialmächten oder mit den imperialistischen Mächtegruppierungen akzeptierten, die in diesen Ländern weiterhin viele wirtschaftliche, kulturelle und militärische Positionen innehaben und darüber hinaus versuchen, neue Positionen zu erringen. Der Kolonialismus vergangener Zeit hat eine Niederlage erlitten. Aber der alte und neue Imperialismus existiert weiterhin und die Methoden, die er benutzt, um die neokolonialistische Herrschaft zu errichten und auszudehnen, sind noch raffinierter und gefährlicher geworden.

Das Leben hat überzeugend bewiesen, daß die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, im gleichen Maß und auf der gleichen Ebene für die Völker und ihre Freiheit gefährlich sind. Auch wenn unter bestimmten Bedingungen eine von ihnen durch die Schläge der Völker gezwungen wird, ihre Taktik zu ändern, so bedeutet das noch lange nicht, daß sie weniger gefährlich geworden ist und daß sie von ihrer Aggressions- und Expansionspolitik Abstand nimmt. Die Erfahrung hat gezeigt: Wenn ein Land oder Volk von der einen Supermacht bedroht oder unterdrückt wird, heißt dies nicht, daß die andere Supermacht für dieses Volk oder Land keine Gefahr mehr darstellt, und erst recht nicht, daß sie zu seinem ‚Freund' geworden ist."

Über die Beziehungen der SVR Albanien zu anderen Ländern sagte Genosse Nesti Nase:

„Die Sozialistische Volksrepublik Albanien baut erfolgreich den Sozialismus auf und schreitet voran, indem sie fest auf das Prinzip baut, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen. Wenn Albanien von einem sozialistischen Land internationalistische Hilfe erhalten hat und erhalten kann, so ist das niemals entscheidend für die Geschicke des sozialistischen Aufbaus des Landes und wird unter keinen Umständen dazu führen, daß die Unabhängigkeit und die Souveränität unseres Landes angetastet wird. Niemals, erst recht nicht heute, macht die Sozialistische Volksrepublik Albanien ihre Existenz, Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität von anderen abhängig.

Albanien hat auch in seiner Verfassung verankert, daß es mit den verschiedenen Staaten politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu pflegen wünscht, auf der Basis der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität, der Nichteinmischung in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils."

Genosse Nesti Nase bekräftigte anschließend:

„Die Außenpolitik des sozialistischen Albanien war und ist eine korrekte, prinzipienfeste, offene und konsequente Politik, die unabhängige Politik eines freien und souveränen Staates. Die Sozialistische Volksrepublik Albanien hat mit den Prinzipien nie Schacher getrieben und wird es nie tun. Die Imperialisten, Sozialimperialisten und anderen Reaktionäre bemühen sich vergebens, teuflische Verleumdungen über Albanien in Umlauf zu setzen, die Wahnvorstellung zu schaffen, Albanien werde unter dem Druck der internationalen Ereignisse gezwungen sein, sich entweder für die Isolierung und die Abkapselung von der Welt zu entscheiden oder den bisher verfolgten Weg aufzugeben."

Aus aller Welt

SPANIEN

Ende September sind Tausende von Arbeitern auf den Olivenplantagen in fünf Provinzen der südspanischen Region Andalusien in einen Streik getreten. Sie protestieren gegen die Agrarpolitik des Juan-Carlos-Regimes, durch die die Interessen der spanischen Landarbeiter und Bauern stark beeinträchtigt werden. Die streikenden Arbeiter fordern bessere Arbeitsbedingungen und den Stop der Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer und die Handelsgesellschaften in den Städten.

PHILIPPINEN

Im Kampf gegen das faschistische Marcos-Regime ist den philippinischen Patrioten in der vergangenen Woche ein wichtiger Erfolg gelungen. Sie legten einer Abteilung der Armee einen Hinterhalt und töteten 32 Offiziere und Soldaten. Unter den Getöteten befand sich auch General Teodulfo Bautista, Oberbefehlshaber der in dieser Region gegen die Patrioten eingesetzten reaktionären Streitkräfte. Bautista war ein alter und bekannter Feind des nationalen Befreiungskampfes und des Fortschritts. Er hatte sich schon 1950 am Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten gegen das koreanische Volk beteiligt.

OSTTIMOR

In ihrem Kampf gegen die indonesischen Aggressoren erringen die Patrioten von Osttimor immer neue Erfolge. Bei einer Aktion in der Nähe der Hauptstadt Dili gelang es ihnen unlängst, 155 indonesische Soldaten zu töten und zahlreiche weitere zu verwunden. Außerdem erbeuteten sie eine große Menge Militärmaterial. Ein Angriff der indonesischen Besatzer gegen die Patrioten wurde zu einer schweren Niederlage für die indonesischen Faschisten. Nach stundenlangen Kämpfen wurden über 200 indonesische Soldaten getötet. Viele feindliche Soldaten wurden außerdem von den Patrioten gefangengenommen.

ENGLAND

In England hat die Streikbewegung in den ersten acht Monaten dieses Jahres ein breites Ausmaß erreicht. Wie die englische Presse selbst zugibt, hat die Zahl der Streikenden und der Streiks in diesem Zeitraum zugenommen. Bis August sind durch Streiks zweimal soviel Arbeitstage verlorengegangen wie in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Zahl der Streiks belief sich auf 1.715 gegenüber 1.345 im letzten Jahr. Die anwachsende Streikbewegung in England ist ein Beweis der Entschlossenheit der englischen Arbeiterklasse, sich gegen die Versuche der Kapitalisten zur Wehr zu setzen, die schwere Last der Krise auf sie abzuladen.

SVR ALBANIEN

Der albanische Pavillon auf der Internationalen Messe in Algier, der von der Handelskammer der SVR Albanien organisiert wurde, wird von Tausenden Bürgern Algiers, Vertreter der Handelsfirmen des Landes sowie von ausländischen Geschäftsleuten besucht. Viele der Besucher haben ihre Sympathie mit dem konsequenten Leben des albanischen Volkes unter der Führung der PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze beim Aufbau des Sozialismus bekundet und ihm noch größere Erfolge für die Zukunft gewünscht.

PALÄSTINA

Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA gibt bekannt, daß die palästinensischen Partisanen in den letzten zwei Tagen mehrere mutige Aktionen gegen die israelischen Zionisten unternommen haben. So hat eine palästinensische Partisaneneinheit eine Straße zwischen den arabischen Städten Ramallah und Bethlehem vermint. Durch die Explosion kam ein israelischer Offizier ums Leben, mehrere Soldaten wurden verwundet. Das Fahrzeug, in dem sie fuhren, wurde völlig zerstört. Im gleichen Tag legten die palästinensischen Partisanen in Lod eine starke Sprengladung in einem großen israelischen Lager und sprengten es in die Luft. Am 2. Oktober gelang es ihnen, in Jerusalem ein Polizeirevier völlig zu zerstören. In einer Bilanz der Nachrichtenagentur WAFA heißt es: Die palästinensischen Partisanen haben in diesem Jahr in den besetzten arabischen Gebieten insgesamt 130 Aktionen unternommen. Bei diesen Aktionen wurden Dutzende israelische Soldaten getötet und kampfunfähig gemacht. Außerdem wurde eine große Zahl von Militärfahrzeugen und Lagern der Zionisten zerstört.

IRAN

Vor kurzem konnte die marxistisch-leninistische Organisation des Iran, Toufan, den 10. Jahrestag ihrer Gründung feiern. Aus diesem Anlaß veröffentlichte die Zeitung „Toufan", das Organ dieser Organisation, einen Artikel, in dem es unter anderem heißt:

„Die iranische marxistisch-leninistische Organisation Toufan spielte eine wichtige Rolle bei der Verurteilung des Chruschtschow-Revisionismus, sie führte einen konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus im Zusammenhang mit den nationalen und internationalen Grundproblemen."

Weiter heißt es in dem Artikel: „Parallel zum Kampf gegen den modernen Revisionismus für die Verteidigung der Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre entfaltete die marxistisch-leninistische Organisation Toufan einen entschlossenen Kampf gegen das Schah-Regime zur Entlarvung seiner faschistischen Unterdrückerpolitik und der allseitigen Unterstützung, die es von Seiten des USA-Imperialismus erhält. Die iranische marxistisch-leninistische Organisation Toufan kämpfte ununterbrochen gegen das Schah-Regime, diesen treuen Agenten des Imperialismus, und verteidigt konsequent die Notwendigkeit, dieses Unterdrückerregime zu stürzen. Die marxistisch-leninistische Organisation Toufan hat ihren Kampf gegen das Schah-Regime mit dem Kampf für die Entlarvung der hegemonistischen und expansionistischen Politik der beiden Supermächte verbunden, um ihr Streben nach Einflußsphären und Weltherrschaft zu zerschlagen.

Heute, da einige Leute den USA-Imperialismus mit positiven Augen betrachten und ihn für einen vernünftigen Imperialismus ansehen; da einige glauben, man könne sich auf einen Imperialismus stützen, um den anderen zu bekämpfen, ist die Wichtigkeit der Entlarvung beider Supermächte offensichtlich. Die marxistisch-leninistische Organisation Toufan stand immer dafür, daß man die Unabhängigkeit und Befreiung der Völker nicht erringen kann, dadurch, daß man in die eine oder andere Supermacht Hoffnungen setzt, sondern nur dadurch, daß man sich auf die Massen und den Volkskrieg stützt.

Spanien

Ein Pakt gegen die Werktätigen

Marktschreierisch verkündete der Chef der spanischen Revisionisten, Santiago Carrillo: „Dieses Abkommen ist ein wichtiger Schritt zur Errichtung eines Klimas des Vertrauens." Aber die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen haben keinen Grund, über den Pakt in Jubel auszubrechen, den die im sogenannten Parlament vertretenen Parteien abgeschlossen haben. Es handelt sich dabei nämlich um einen Pakt auf dem Rücken der werktätigen Massen, den die KP Spaniens/ML richtig als „brutale Offensive gegen das Volk und die Arbeiterklasse" gebrandmarkt hat.

Kernstück des von den Monarchisten, Sozialisten und modernen Revisionisten gemeinsam beschlossenen Plans ist der Angriff auf die Löhne. Nach dem Willen dieser Reaktionäre sollen die Löhne im nächsten Jahr nur noch um 22% steigen dürfen. Wenn man bedenkt, daß die Inflationsrate schon heute in Spanien laut offiziellen Angaben (und diese Angaben beschönigen die tatsächliche Teuerung) bei 30% liegt, so bedeutet das einen ganz klaren drastischen Lohnraub, eine rigorose Verminderung des Einkommens von Millionen von Arbeitern, Angestellten und anderen Werktätigen. Gleichzeitig sollen den in- und ausländischen Kapitalisten, die die spanische Arbeiterklasse ausbeuten, 100 Milliarden Peseten als Subventionen in den Rachen geworfen werden. Vorgesehen ist auch die Senkung des Anteils der Kapitalisten an der Sozialversicherung.

Es ist also klar, daß der Pakt die Handschrift der Bourgeoisie, der kapitalistischen Ausbeuter trägt. Es geht um die Sicherung und Erhöhung ihrer Profite durch verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung der breiten werktätigen Massen.

Die revisionistische Partei Santiago Carrillos und die von ihr geführte Gewerkschaft (die comissiones obreras) haben mit ihrer Zustimmung zu diesen Plänen einmal mehr gezeigt, daß sie sich voll und ganz der Bourgeoisie unterworfen haben und in ihrem Dienst stehen. Sie haben die schändliche Aufgabe, die spanische Arbeiterklasse zum Stillhalten zu bringen, indem sie ihr predigen, Vertrauen in die kapitalistische Ausbeuterordnung zu haben.

Aber die Carrillo und Co. werden sich täuschen. Die spanische Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen haben noch immer jeden Angriff auf ihre Lebenslage mit Kampf beantwortet. Das wird auch diesmal nicht anders sein. Und immer mehr werden erkennen, daß die einzige Kraft, die konsequent die Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen verteidigt, die KP Spaniens/ML ist. Sie hat die breiten werktätigen Massen angesichts der Pläne der Reaktion aufgerufen:

„Der ausgearbeitete Plan zielt darauf ab, alle Folgen der Krise auf den Rücken der werktätigen Massen abzuwälzen und sie mit Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend und einer krassen Verteuerung der Lebenshaltungskosten zu strafen. Die Arbeiterklasse darf keinen Tag lang zögern und muß sich auf einen Gegenangriff gegen diesen verbrecherischen Plan vorbereiten... Alle bewußten Werktätigen müssen unter der Führung ihrer Partei, der KP Spaniens/ML, dafür kämpfen, daß jede Schlacht um Brot und Arbeit gleichzeitig auch ein Kettenglied im Klassenkampf wird, der zur Revolution führen wird."

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Literatur und Kunst in Albanien

Anläßlich der erstmaligen Teilnahme albanischer Verlage an der Frankfurter Buchmesse lud die Gesellschaft der Freunde Albaniens am Samstag, den 15. 10. 77, zu einer Veranstaltung über Kunst und Literatur in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ein. Fast 600 Menschen waren dieser Einladung gefolgt — nicht nur aus Frankfurt, sondern auch aus vielen anderen Städten der Bundesrepublik.

Begeisterten, nicht enden wollenden Beifall gab es gleich zu Beginn der Veranstaltung, als ein Vertreter der Gesellschaft der Freunde Albaniens die Ehrengäste des Abends, die Vertreter der albanischen Verlage auf der Buchmesse, begrüßte. Einer der albanischen Gäste bedankte sich später bei den Teilnehmern der Veranstaltung für den herzlichen Empfang, schilderte das große Interesse an der albanischen Literatur und bekräftigte die Bedeutung der weiteren Festigung der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk. Auch hier wieder: enthusiastischer Beifall, immer wiederkehrende Rufe: „Miqesia — garancija!“ (Freundschaft ist eine Garantie.)

Die Veranstaltung begann mit einer Rede der Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde Albaniens, Inge Junck, in der sie auf die Bedeutung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien einging und anhand vieler Fakten die Lüge über die angebliche „Isolation“ Albaniens widerlegte. Sie betonte, daß das albanische Volk sich mit den großen Leistungen, die es seit der Befreiung im Vertrauen auf die eigene Kraft errungen hat, mit seiner Prinzipienfestigkeit und seiner unerschütterlichen Freundschaft für die Völker, Achtung und Liebe bei den



Begeisternde Veranstaltung der GFA

Völkern der ganzen Welt genießt. Aber nicht allein die Millionen Freunde Albaniens in der ganzen Welt widerlegen die Lüge über seine angebliche „Isolation“, sondern auch die Tatsache, daß Albanien in wachsendem Maße diplomatische und Handelsbeziehungen mit anderen Staaten aufgenommen hat.

Diese Liebe und Achtung der Völker, betonte Inge Junck, genießt Albanien gerade deshalb, weil es sich niemals durch die Isolationspropaganda der Feinde Albaniens beirren ließ und immer seinen eigenen, unabhängigen Weg ging, es immer ablehnte, der dekadenten Kultur seine Türen zu öffnen, es den Feinden niemals erlaubte, in Albanien Spionage zu treiben, Putsche und Komplotte zu organisieren, aus Albanien eine Kolonie des Auslands und aus seinem freien Volk Sklaven zu machen.



Die Vertreter der albanischen Verlage auf der Veranstaltung der GFA

Inge Junck beendete ihre Rede mit dem Aufruf, die Arbeit für die Verstärkung der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk zu verstärken, das gerade in der letzten Zeit gewachsene Interesse an Albanien auszunutzen, um neue Freunde der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zu gewinnen.

Den Abschluß des ersten Teils der Veranstaltung bildete ein Vortrag von Karin Wagner über die Bedeutung der albanischen Kunst und Literatur des sozialistischen Realismus. Genossin Karin hob in ihrem Vortrag hervor, daß die albanische Kunst und Literatur des sozialistischen Realismus, die im Feuer des Befreiungskampfes entstand, heute zu den besten Schätzen der Weltliteratur zählt. Viele Argumente werden gegen den sozialistischen Realismus ins Feld geführt, aber sie alle — das machte Genossin Karin in ihrem Vortrag deutlich — können die Bedeutung, die Kraft und die Ausstrahlung der albanischen Kunst und Literatur des sozialistischen Realismus nicht mindern. Sie machen vielmehr das Dilemma der dekadenten bürgerlichen Kunst westlicher und östlicher Prägung nur um so deutlicher. Nicht der bürgerlichen Kunst, sondern dem sozialistischen Realismus gehört die Zukunft. Denn er ist die Kunst der Arbeiterklasse, der Revolution, er schöpft seine unversiegbare Kraft aus seiner Volksverbundenheit, seiner proletarischen Parteilichkeit, seinem Patriotismus und seinem Internationalismus. Deshalb wird die albanische Kunst und Literatur des sozialistischen Realismus auch in Westdeutschland, wo das albanische Kunstschaffen systematisch totgeschwiegen wird, immer neue Freunde und Anhänger finden.

Umrahmt wurde der erste Teil der Veranstaltung von Auftritten eines Agit-Prop-Trupps der KPD/ML, der mit seinen in albanischer Sprache gesungenen albanischen Liedern bei allen Anwesenden große Begeisterung hervorrief.

Der zweite Teil der Veranstaltung war der Volkskunst gewidmet. Nachdem die Hamburger Musikgruppe „Elbspeelers“ einige albanische Lieder gespielt hatte, bot eine Dortmunder Volkstanzgruppe einen holsteinischen und zwei westfälische Volkstänze, die mit stürmischem Applaus bedacht wurden. Die Veranstaltung schloß mit dem gemeinsamen Singen des Solidaritätsliedes. Mit enthusiastischem Beifall verabschiedeten sich die Teilnehmer der Veranstaltung von den albanischen Gästen.

Insgesamt war diese Veranstaltung ein Ausdruck der Kraft der Freundschaft zwischen dem deutschen und albanischen Volk, ein Schritt voran zur weiteren Stärkung dieser Freundschaft. Das zeigte sich unter anderem daran, daß für fast 2.000 DM albanische Literatur verkauft wurde, daß über 1.000 DM für die Gesellschaft der Freunde Albaniens gespendet wurden und — allein in einer Veranstaltungspause — neun neue Mitglieder der Gesellschaft der Freunde Albaniens gewonnen werden konnten.



Zum ersten Mal nahmen diesmal albanische Verlage an der Frankfurter Buchmesse teil. (Unser Bild zeigt den albanischen Stand.) Damit bekam zum ersten Mal ein größeres Publikum Gelegenheit, das albanische Geistesschaffen näher kennenzulernen. Der albanische Stand zeigte zum einen wissenschaftliche — vor allem sprachwissenschaftliche und ethnologische — Literatur. Einen zweiten Komplex bildeten marxistisch-leninistische Werke, albanische Übersetzungen der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und die Werke und verschiedene Einzelschriften des Genossen Enver Hoxha. Reichhaltig war auch das Schaffen albanischer Schriftsteller und Dichter vertreten — in albanischer Sprache und in verschiedenen Fremdsprachen. Außerdem zeigte der Stand eine Auswahl von in die albanische Sprache übersetzten Werken der Weltliteratur, die von Homer's Odyssee bis in die Gegenwart reichte. Viel Beachtung fand bei den Besuchern der Messe auch die albanische Kinder- und Jugendliteratur.

Gelegenheit, die albanische Literatur näher kennenzulernen, bot eine Lesung auf dem Messegelände, bei der Auszüge aus Dritero Agollis Roman „Kommissar Memo“ und aus seinem Gedicht „Mutter Albanien“ vorgetragen wurden.

Insgesamt war das Interesse vor allem der einfachen Messebesucher am albanischen Stand sehr groß. Ausliegende Materialien, vor allem albanische Zeitschriften, die in verschiedenen Sprachen angeboten wurden, fanden so viele Abnehmer, daß am Samstag bereits das Material auszugehen drohte — mit einem so großen Interesse der deutschen Leser an der albanischen Literatur hatte man nicht gerechnet.



Großes Interesse an der Sozialistischen Volksrepublik Albanien konnten auch die Vertreter der GEWISO auf der Buchmesse feststellen. Der Verlag Roter Morgen und der Verlag Schneider gaben nach einer Zwischenbilanz am Samstag bekannt: Großes Interesse an der Literatur der Partei, vor allem auch am Programm. Auf den Tischen ausliegende Nummern des „Roten Morgen“ fanden reichlich Abnehmer, bis Samstag rund 2.000. Viele Besucher nahmen auch kleine Päckchen mit thematisch zusammengestellten Ausgaben des „Roten Morgen“ mit — Ausgaben über die Sektion DDR, über die Sozialistische Volksrepublik Albanien, über die wachsende Faschisierung in der Bundesrepublik usw. Viele der Besucher der Messe, die sich für die Literatur der Partei interessierten, unterschrieben auch ausliegende Protestresolutionen gegen den Verbotsantrag der CDU. Allein an zwei Tagen waren es 150.

Ein Ausdruck des Interesses für die Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus und proletarische Romane usw. sind auch die Verkaufszahlen am Stand der KPD/ML vor den Messehallen. Allein bis Samstag wurde für 4.000 DM Literatur verkauft.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen“, Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“. Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen“, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.